

Inhaltsverzeichnis

Bio-Sackerln in den Märkten: Wie „bio“ sind diese wirklich? Kronen Zeitung vom 26.07.2021 (Seite 16)	Seite 4
Milcherzeugung: Mehr als nur Treibhausgase lko.at vom 26.07.2021	Seite 5
Mit winzigen Flügeln durch die Luft orf.at vom 26.07.2021	Seite 6
"Essen ist mit Zuwendung verbunden" Süddeutsche Zeitung vom 26.07.2021 (Seite 8)	Seite 7
Als die Fluten kamen Kurier vom 25.07.2021 (Seite 24)	Seite 10
Do's und Dont's beim Unwetter: So schützen Sie Ihr Heim kurier.at vom 25.07.2021	Seite 12
Hochwasser: Als die Fluten kamen kurier.at vom 25.07.2021	Seite 14
Kampf ums Zentrum in der Ortsmitte orf.at vom 25.07.2021	Seite 16
DIY-Fassadenbegrünung gratis erhältlich orf.at vom 25.07.2021	Seite 18
BOKU-Forscher: „Raumordnung für Hochwasserschutz zentral“ tt.com vom 25.07.2021	Seite 19
Umweltschutzorganisationen fordern beim Flusserlebnistag effektiven Schutz des Naturjuwels Isel naturschutzbund.at vom 25.07.2021	Seite 20
Viel Zuspruch für die Vitalpin-Förderpreise zum Schutz des Alpenraums newsroom.pr vom 25.07.2021	Seite 21
Das Heulen auf den Almen Profil vom 25.07.2021 (Seite 20-22)	Seite 23
"Raumordnung für Hochwasserschutz zentral" Tiroler Tageszeitung vom 25.07.2021 (Seite 12-13)	Seite 26
Veganes im Brachland Kurier vom 24.07.2021 (Seite 4)	Seite 29
Unwetter: So schützen Sie ihr Heim Kurier vom 24.07.2021 (Seite 24)	Seite 30
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen dolomitenstadt.at vom 24.07.2021	Seite 32
Veganes im Brachland kurier.at vom 24.07.2021	Seite 33
Diagonal zum Thema: Kreisverkehr orf.at vom 24.07.2021	Seite 34
Der Kampf ums Zentrum in der Ortsmitte orf.at vom 24.07.2021	Seite 40

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen tt.com vom 24.07.2021	Seite 43
Biofeldtage: Landwirtschaft live erleben diepresse.com vom 24.07.2021	Seite 44
Veganes im Brachland online-nachrichten.eu vom 24.07.2021	Seite 46
Wie Landnutzung Netto-Nullemissionen ermöglichen kann Die Presse vom 24.07.2021 (Seite 34)	Seite 47
Neue Grasflächen stärken die Vielfalt der Ameisen Die Presse vom 24.07.2021 (Seite 35)	Seite 49
Bahnbau bringt mehr Jobs als Straßenbau Wiener Zeitung vom 24.07.2021 (Seite 7)	Seite 50
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen studium.at vom 23.07.2021	Seite 52
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen . noen.at vom 23.07.2021	Seite 53
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen vol.at vom 23.07.2021	Seite 55
Vandalismus, Plünderungen, Tote - Was ist los in Südafrika? orf.at vom 23.07.2021	Seite 56
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen apa.at vom 23.07.2021	Seite 57
Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück nachrichten.at vom 23.07.2021	Seite 58
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen kleinezeitung.at vom 23.07.2021	Seite 60
Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück diepresse.com vom 23.07.2021	Seite 61
Forscher rügen Kurz für Klima-Sager oe24.at vom 23.07.2021	Seite 63
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen vienna.at vom 23.07.2021	Seite 64
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen volksblatt.at vom 23.07.2021	Seite 65
KlimaforscherInnen schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen k.at vom 23.07.2021	Seite 66
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen drei.at vom 23.07.2021	Seite 67
Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen puls24.at vom 23.07.2021	Seite 68
Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück derstandard.at vom 23.07.2021	Seite 69
Klimaforscher verwundert über Kurz-Aussage krone.at vom 23.07.2021	Seite 71

Bahnbau bringt mehr Jobs als Straßenbau

wienerzeitung.at vom 23.07.2021

Seite 73

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

sn.at vom 23.07.2021

Seite 75

Wenn CO2 zu Tierfutter wird

sn.at vom 23.07.2021

Seite 76

Klimaforscher widersprechen Kurz

news.at vom 23.07.2021

Seite 77

"Kronen Zeitung" vom 26.07.2021 Seite: 16 Ressort: Lokal Von: Christoph Weisgram N.Ö.

Analyse für Diplomarbeit Ergebnis fällt recht positiv aus

Bio-Sackerln in den Märkten: Wie „bio“ sind diese wirklich?

Aus den Gemüse- und Obstabteilungen der heimischen Supermärkte wurde Plastik bereits weitgehend verbannt. Sogenannte Bio-Sackerln dienen jetzt dazu, Äpfel & Co. unbeschadet nach Hause zu bringen. Aber sind diese Verpackungen tatsächlich „bio“? Im Yspertal wurde deren Kompostierbarkeit ausführlich getestet.

In Auftrag gegeben hat das Land NÖ die Versuchsreihe. Untersucht werden sollte von Fachleuten der Universität für Bodenkultur (BOKU), inwieweit die Bio-Sackerln bei der Kompostierung abgebaut werden. Die Forscher arbeiteten im Praxistest mit der Umwelt-HLW im Yspertal zusammen. Dort ist einer der Schwerpunkte der Ausbildung die Umweltanalytik, bei der chemische, biologische und physikalische Methoden angewendet werden.

Im Rahmen einer Diplomarbeit mischten die Jugendlichen den kompostierbaren Abfällen auch Bio-Sackerln bei, um beim Verrottungsprozess deren Zerfall zu untersuchen. „Bei industriellen Kompostieranlagen ist dies bereits erfolgreich getestet worden. Im Yspertal wollten wir schauen, ob die Bio-Sackerln auch auf dem Komposthaufen im Garten ‚bio‘ sind“, erklärt BOKU-Experte Erwin Binner. Und sie sind es, wie die ersten Ergebnisse der Testreihen zeigen. Binner bestätigt: „Die Verpackungen wurden gut abgebaut.“

Praxistest im Yspertal: Bio-Sackerln wurden kompostiert

"lko.at" gefunden am 26.07.2021 08:36 Uhr

Milcherzeugung: Mehr als nur Treibhausgase

Klima und landwirtschaftliche Tierhaltung prallen in vielen Diskussionen oft aufeinander. Oft vergisst man darauf, dass auch Aspekte wie Ernährungssicherung, Biodiversität, Landschaftspflege und vieles andere mehr in die Überlegungen miteinbezogen werden müssen. Universitätsprofessor Werner Zollitsch, Experte für tierische Produktionssysteme an der Universität für Bodenkultur, liefert interessante Argumente für die Milchwirtschaft und deren Nachhaltigkeit.

Klimakrise und Klimawandel gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Die Milchkuh wird dabei oft als Klimakiller dargestellt. Die niederösterreichischen Arbeitskreise Milchproduktion beschäftigten sich deshalb schwerpunktmäßig mit dem Thema Nachhaltigkeit in der Milcherzeugung.

Nachhaltigkeit ist mehr als nur Treibhausgase

Die Nachhaltigkeit der Milcherzeugung kann nicht nur an den Treibhausgas-Emissionen (Methan, CO₂) gemessen werden. Denn Wiederkäuer können viel mehr als nur Methan produzieren. Sie wandeln für den Menschen nicht verzehrbare Futtermittel (Gras usw.) in Lebensmittel mit hoher Proteinqualität um und leisten so einen wertvollen Beitrag zur Ernährungssicherung. Hier schneidet die Milchkuh besonders gut ab.

„Die durchschnittliche österreichische Milchkuh stellt fast zweimal so viel Eiweiß in Form von Milch und Fleisch bereit als sie an potenziell essbarem Eiweiß frisst. Wenn man die höhere ernährungsphysiologische Wertigkeit des tierischen gegenüber dem pflanzlichen Eiweiß in Futtermitteln mitberücksichtigt, ist die Milchkuh noch deutlich besser“, so Universitätsprofessor Werner Zollitsch. Eine standortangepasste Grünlandnutzung in der Milchwirtschaft hat auch einen hohen Wert für die Biodiversität.

"orf.at" gefunden am 26.07.2021 05:12 Uhr

Mit winzigen Flügeln durch die Luft

Elisabeth Koschier, Professorin für Pflanzenschutz, spricht über die Thripse. Teil 1: Eine unscheinbare Insektenart Gestaltung: Lothar Bodingbauer

26. Juli 2021, 08:55

Thripse sind sehr kleine Insekten. Sie werden auch Fransenflügler genannt, Blasenfüße oder Gewitterfliegen. Weltweit sind 6000 Arten beschrieben. Viele ernähren sich von Pilzen oder Pflanzen, andere sind Räuber und ernähren sich von anderen Insekten.

Sie sind etwa 1 bis 3 mm groß, haben Flügeln mit Fransen, 6 Beinchen und einen ovalen Kopf mit Antennen. Ihre Mundwerkzeuge sind Stechborsten, die sie vorstoßen können, um Zellen auszusaugen. Aus den Eiern schlüpfen Larven, es gibt zwei Larvenstadien, danach zwei Ruhestadien, dazwischen häuten sie sich, und zu guter Letzt entsteht ein erwachsener Thrips. Das Ganze dauert zwischen ein und vier Wochen. Sie leben zwischen 20 und 70 Tage.

Thripse verstecken sich in Spalten und Nischen von Pflanzen, um sich vor Feinden zu schützen. Sie sind daher als Insektenart sehr unbekannt. Gut bekannt - und wenig geliebt - sind sie hingegen in der Landwirtschaft und der Zierpflanzenzucht. In Glashäusern und Monokulturen können sie großen Schaden anrichten.

Service

Kostenfreie Podcasts:

Vom Leben der Natur - XML

Vom Leben der Natur - iTunes

GESPRÄCHSPARTNERIN:

Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Koschier

Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Pflanzenschutz

Sendereihe

L. WEISSENGRUBER

"Süddeutsche Zeitung" vom 26.07.2021 Seite: 8 Ressort: Panorama München, Bayern, Deutschland

"Essen ist mit Zuwendung verbunden"

Vor Kurzem wurde bekannt, dass sich die Rezeptur der Coke Zero ändert. Manche Konsumenten macht das richtig wütend. Warum sie sich verraten fühlen - und wieso Geschmack so leicht beeinflussbar ist

INTERVIEW: VIOLETTA SIMON

Es soll Menschen geben, die sind ein Leben lang treu - jedenfalls, was ihre Beziehung zu bestimmten Nahrungsmitteln angeht. Sie verlieren die Fassung, wenn die Hersteller an der Rezeptur ihres Lieblingsgetränks etwas ändern, wie kürzlich Coca-Cola an der Coke Zero. Wenn jemand immer dieselbe Nussnougatcreme, koffeinhaltige Brause oder Gelatinebärchenmischung zu sich nimmt, ist das offenbar mehr als Fantasielosigkeit. "Die Produkte, die wir essen, sind unsere kulinarische Heimat", sagt der Wiener Ernährungspsychologe Klaus Dürschmid.

SZ: Von manchen Lebensmitteln kann man nach dem Erstkontakt kaum mehr die Finger lassen. Was macht eine Erfolgsrezeptur aus?

Klaus Dürschmid: Das Produkt sollte einen spontan überzeugen, gleich beim ersten Mal so gut schmecken und riechen, dass man mehr davon möchte. Darüber hinaus muss es sich aber auch langfristig bewähren, das heißt: Wenn man mehr davon zu sich nimmt, darf kein schlechter Nachgeschmack zurückbleiben, es darf keine Aversion entstehen - und keine Langeweile.

Wie verhindert man Monotonie im Gaumen und auf der Zunge?

Das erfordert sensorische Komplexität, der Geschmack sollte über süß oder sauer hinausgehen. Je vielschichtiger ein Produkt, desto interessanter, das gilt auch für die Textur: Wenn etwa beim Konfekt erst das Klebrige, dann etwas Schmelzendes, dann knackende Schokolade kommt und in der Mitte eine Nuss, dann passiert da einiges im Mund. So etwas merken sich die Konsumenten.

Und können dann nicht mehr aufhören - gehört das auch zu einem erfolgreichen Rezept?

Absolut. Beispielsweise beim Bier: Im Idealfall verleiht die Ausgewogenheit der Zutaten eine sogenannte Drinkability. Der Ausdruck beschreibt etwas, das über den deutschen Begriff Trinkbarkeit hinausgeht: einen Geschmack, der zum Weitertrinken einlädt, weil man gern noch mal etwas davon hätte. Dieser Effekt lässt sich auch in andere Rezepturen gießen.

Welche Eigenschaften machen dann aus einem leckeren Produkt einen Kultklassiker?

Der Wiedererkennungswert. Er kann durch unterschiedliche Faktoren erzeugt werden - über die Form wie bei der Toblerone, eine besondere Verpackung wie bei Nutella oder ein intensives Aroma wie bei Red Bull. Es muss nur jemand im Raum eine Dose öffnen, und alle können dieses eigene Aroma erkennen - selbst wenn man das Getränk noch nie getrunken hat.

Warum ändern Hersteller dennoch hin und wieder ihre Rezeptur, so wie kürzlich Coca-Cola seine Coke Zero?

Manchmal ändern sich die rechtlichen Grundlagen für die Zutaten, sodass bestimmte Rohstoffe nicht mehr verwendet werden können. Oder ein Lieferant fällt aus. Es kommt aber auch vor, dass sich die Vorstellungen der Konsumenten wandeln und Inhaltsstoffe wie Zucker oder Gelatine aus gesundheitlichen oder ethischen Gründen plötzlich unerwünscht sind.

Manche Hersteller ändern die Rezeptur heimlich, andere werben damit. Warum?

Es gibt Änderungen, die möchte man lieber verschweigen. Wenn ein Produkt sehr arriviert ist, kann eine Abwandlung zu einem regelrechten Eklat unter den Fans führen, man muss also vorsichtig sein. Denken Sie nur an den Skandal in den Achtzigern bei Coca-Cola.

Sie meinen, als das Unternehmen die Rezeptur verändert hat, um gegen den Konkurrenten Pepsi zu bestehen ...

Auslöser war die sogenannte Pepsi-Challenge: Bei Blindtests sollten Konsumenten den Geschmack von Coca-Cola und Pepsi-Cola vergleichen - die meisten entschieden sich für die süßere Pepsi. Das Ergebnis wurde natürlich ausgeschlachtet, in den Supermärkten ließ Pepsi Säulen aufstellen, um den Vorsprung gegenüber dem Konkurrenten zu visualisieren. Daraufhin feilte Cola so lange an seiner Rezeptur, bis sie Pepsi zumindest ähnelte. Im April 1985 wurde die "New Coke" eingeführt und die Produktion der alten eingestellt.

Es folgte das, was man heute als Shitstorm bezeichnen würde.

Die Leute reagierten mit Wutausbrüchen und Panikkäufen, starteten Petitionen und Demos, gründeten eine Protestgruppe namens "Old Cola Drinkers of America". Im Juli, keine drei Monate später, brachte Coca-Cola das alte Rezept zurück auf den Markt, als "Classic Coke".

Was genau passiert bei den Verbrauchern, wenn ein vertrautes Produkt plötzlich anders schmeckt?

Man bezeichnet den Effekt als Alienation - Entfremdung. Vor allem sogenannte Heavy User erkennen mitunter kleinste Unterschiede, die zu sofortiger Aversion führen können. Bei Tests fand man heraus, wie schnell manche den Unterschied erkennen und wie sie darauf reagieren: meist sehr emotional.

Warum reagieren Konsumenten derart extrem auf eine geschmackliche Veränderung?

Essen und Trinken sind ein elementares Bedürfnis, sie vermitteln uns Geborgenheit und Sicherheit. Wir lernen von Geburt an, dass Essen mit Zuwendung verbunden ist, trinken von der mütterlichen Brust oder werden gefüttert. Die Produkte, die wir zu uns nehmen, sind unsere kulinarische Heimat. Wenn etwas, das uns seit Jahren oder gar Jahrzehnten begleitet, plötzlich anders schmeckt, werden wir aus dieser Heimat vertrieben. Manche Menschen fühlen sich dann verraten.

Und das hat automatisch Konsequenzen für die Hersteller?

Natürlich gibt es auch Dumpfschmecker, die sensorisch nicht so sensibel sind. Denen wird es egal sein, solange das Produkt weiterhin existiert. Doch bei den sogenannten Supertastern, darunter übrigens vor allem Frauen, wird es schwierig. Wenn die auf die Barrikaden gehen, können sie eine regelrechte Lawine auslösen. Deshalb muss man sie bei Veränderungen ins Boot holen, damit man sie nicht verliert beim Prozess.

Existieren in Bezug auf Vorlieben und Geschmack regionale Unterschiede?

Ja, auch wenn das nicht immer gut ankommt. Zum Beispiel wird eine sehr bekannte Nussnougatcreme in Europa nach zwei unterschiedlichen Rezepten hergestellt: in Deutschland streichfest und matt, in anderen Ländern eher glänzend, weich und mit mehr Zucker. In dem Zusammenhang gab es vor einigen Jahren die öffentliche Debatte, ob regional unterschiedliche Rezepturen zulässig sind. Man vermutete, dass eine kostengünstigere Variante des Produkts etwa in Osteuropa verkauft würde, um Geld zu sparen. Doch die Rezeptur war genau jene, die die Kunden dort bevorzugen. In Ungarn und der Slowakei mag man offenbar Haselnusspasten mit weniger Nuss und mehr Zucker. Bei uns wäre das eher ein Hinweis auf geringe Qualität, auch mögen wir es weniger süß. In den USA hingegen mag man zum Beispiel Getränke nicht nur süßer, sondern kälter: Da kommt jede Menge Eis ins Glas. Was wiederum die Wahrnehmungsfähigkeit für Süßes senkt.

Die Frage ist, ob wir bewusst wählen, was uns schmeckt - oder uns an das gewöhnen, was man uns vorsetzt. Kann oder muss man "lernen", einen bestimmten Geschmack zu mögen?

Learning by tasting, diesen Effekt stelle ich bei mir regelmäßig fest. Wenn ich etwa eine Kiste Bier von einer anderen Marke kaufe, brauche ich, bis ich mich daran gewöhnt habe. Gerade bei

alkoholfreiem Bier denke ich zuerst, das kann man nicht trinken! Und bald schmeckt es normal. Durch die Vermischung der gastronomischen Kultur sind wir unbekannten Produkten gegenüber sehr viel offener. Wer hätte gedacht, dass wir mal rohen Fisch und klebrigen Reis essen würden? Wir glauben immer, dass wir essen, was wir mögen. Aber es ist umgekehrt.

Und wenn es mal doch nicht so ist: Haben Sie einen Tipp, wie man sich spontan überwinden kann, Dinge zu essen, die einem zuwider sind - sagen wir, Austern?

Solche Lebensmittel führen aufgrund ihrer Textur leicht zu Ekelreaktionen. Da hilft es, mit Assoziationen zu arbeiten, also das Gericht mit positiver Bedeutung aufzuladen. Bei Austern, die ja in erster Linie salzig schmecken, steht für mich das Meeresaroma im Vordergrund. Manche schmecken darüber hinaus nussig, andere eher süß. Für mich ist es daher undenkbar, Austern in Zitrone zu ertränken, denn nur so habe ich das pure positive Erlebnis - in meinem Fall eine Erinnerung an: Bretagne, Atlantik, Cidre.

Bild: Foto:imago, collage: sz

Bild: Klaus Dürschmid ist Assistenzprofessor an der Universität für Bodenkultur Wien. Er leitet dort die Arbeitsgruppe Lebensmittelsensorik und unterrichtet darüber hinaus Ernährungspsychologie und Produktentwicklung. Foto:Privat

"Kurier" vom 25.07.2021 Seite: 24 Ressort: Zeitg Abend, Bgld, Länder, Länder2, N.Ö., N.Ö.2, Wi

Geschichtenmit Geschichte

Als die Fluten kamen

Hochwasser. Unwetterkatastrophen werden in Österreich seit weit über 1.000 Jahren aufgezeichnet. In besonders tragischen Fällen gab es mehrere Tausend Tote

Die Unwetterkatastrophen in Deutschland, Italien, Belgien, Holland, Indien, China und Österreich schockieren nicht nur die Bewohner der betroffenen Länder. Überschwemmungen hat es natürlich immer schon gegeben – zum Teil mit noch weit dramatischeren Folgen. Das erste uns überlieferte Hochwasser in Österreich betraf die Drau in Kärnten im Jahr 792. Eine Hochflut der Donau forderte im Jahr 1235 bei Wien und Krems 10.000 Menschenleben und ließ ganze Ortschaften untergehen.

Zeitzeuge aus 1501

Zu einer der größten Donauüberflutungen aller Zeiten kam es 1501. „Es ereignete sich eine derart große Überschwemmung, wie es sie in der Erinnerung der Menschen nie gegeben hatte“, hinterließ uns der Zeitzeuge und Pfarrer Lorenz Mittenauer aus Wels. „Die Häuser, die in der Ebene lagen, trug es fort, Dörfer riss es hinweg.“ Aus Melk ist überliefert, dass „die Wasserflut in der Frauenkirche eine Elle hoch (bis zu einem Meter) über dem Altar stand.“

Wiener Schwedenplatz

In erschreckender Regelmäßigkeit traten die Flüsse im 18. Jahrhundert über die Ufer. Kaum hatten die Menschen sich von einer Katastrophe erholt, kündigte sich die nächste an: Im Februar 1740 wurde die – am heutigen Schwedenplatz in Wien gelegene – Brücke durch Wassermassen nach plötzlich einsetzendem Tauwetter zerstört. Bald neu aufgebaut, ging sie wenige Jahre später wieder in den Fluten unter. Das Hochwasser kam Jahr für Jahr und wurde immer heftiger, sodass in Wien viele Häuser bis zum ersten Stock überflutet waren.

„Die Menschen versuchten dem Schrecken zu entgehen“, sagt Johannes Hübl, Professor am Institut für Alpine Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur in Wien. „Einerseits haben sie die Nähe der Flussräume gemieden und sich auf höher gelegenen Trassen angesiedelt. Andererseits wurden die an den Flüssen gebauten Vororte der größeren Städte regelmäßig überflutet. Die Flüsse dienten schon in den Zeiten der Römer als wichtige Handelswege.“

In Österreich wurden vor allem Salzach, Traun, Enns, Inn, Ybbs, Erlauf, Traisen und die Mur immer wieder bedrohlich, mitunter sogar der normalerweise als Bächlein dahin rinnende Wienfluss, der 1741 den Schlosspark von Schönbrunn verwüstete. Die meisten Jahrhundert-Hochwässer betrafen aber natürlich die Donau. 1830 glichen Praterstraße und Hauptallee in Wien reißenden Strömen, 74 Menschen starben, Hunderte wurden evakuiert, fast 700 Häuser schwer beschädigt.

Und so war es keine Liebeserklärung an die Donau, als Johann Strauss 1867 den Donauwalzer schuf. Denn die Donau war bei den Wienern alles andere als beliebt, sie trat fast jedes Jahr aus ihren Ufern und bedrohte die Bevölkerung. Der Walzerkönig selbst hatte das in seiner Kindheit miterlebt, als er mit seinen Eltern in der Leopoldstadt wohnte und mit ihnen oft über Nacht aus der Wohnung flüchten musste, weil das Hochwasser durch die Fenster in die Stuben floss.

Donau, so blau

Der Donauwalzer war noch lange nicht die heimliche Hymne der Österreicher. Das lag daran, dass der Strom damals unreguliert in mehreren Armen durch Sumpf- und Wiesenland an Wien vorbei floss – es sei denn, er trat über die Ufer. Dazu kamen die eher dümmlichen Worte, die der Feder des Polizeibeamten Josef Weyl entstammten: „Wiener, seid froh! Oho, wieso?“

Erst mit dem neuen Text „Donau, so blau“, den der Oberlandesgerichtsrat Franz von Gernerth 1890 schuf, erlebte die Melodie ihren Durchbruch. Auch weil die Donau mittlerweile infolge ihrer Regulierung wirklich zu einem Teil der Stadt geworden war.

1.000 Menschen gerettet

Überschwemmungen traten zu allen Jahreszeiten auf. Im Frühjahr, Sommer und Herbst wurden sie durch starke Regenfälle verursacht, im Winter durch Eisstöße (die es heute praktisch nicht mehr gibt). Als die ärgste Naturkatastrophe des 20. Jahrhunderts wurde das Hochwasser bezeichnet, das im Sommer 1954 über Österreich hereinbrach. Salzach, Enns, vor allem aber die Donau und ihre Nebenflüsse traten über die Ufer und überschwemmten allein in Oberösterreich ein Gebiet so groß wie der Traunsee, 1.000 Menschen wurden gerettet. Salzburg war nach heftigen Regenfällen von der Außenwelt abgeschnitten, die Salzkammergutseen, die die Wassermassen nicht mehr aufnehmen konnten, traten über die Ufer, Tiere verendeten, Felder und Siedlungen wurden zerstört, viele Ortschaften überschwemmt. 22 Prozent des Stadtgebiets von Linz standen unter Wasser.

Fünf Todesopfer forderten die schweren Unwetter im Sommer 1959. Innerhalb von 24 Stunden wurden bis zu 100 Liter Wasser pro Quadratmeter gemessen, die Westbahnstrecke musste gesperrt werden, der Schaden betrug mehrere hundert Millionen Schilling. Mehr als 60 Menschen starben bei Hochwasserkatastrophen 1965/66.

Das technische Zeitalter beschert uns sowohl Schutz vor Überschwemmungen, als auch neue Gefahren. Exakte Messungen ermöglichen ein ausgeklügeltes Vorwarnsystem für ganz Österreich. Andererseits wurde durch die Begradigung und Betonierung vieler Flussbette die Hochwassergefahr erhöht.

2002 und 2013

Jahrhundert-Hochwässer wurden in Österreich auch in den Jahren 2002 und 2013 registriert. Und der Klimawandel spielt natürlich mit. „Durch die über längere Perioden anhaltenden hohen Temperaturen nimmt die Luft mehr Wasser auf, wodurch großräumig erhöhter Niederschlag fällt“, erklärt Prof. Hübl. „Und je wärmer es wird, desto heftiger können die Gewitter werden. Noch hat sich die Anzahl der Schadensereignisse nicht signifikant verändert, es hat auch früher viele Hochwässer gegeben, aber es waren klimatisch andere Zeiten. Es besteht kein Zweifel, dass die Hochwässer durch den Klimawandel immer häufiger werden.“

georg.markus

Bild: Hochwasser nach Wolkenbruch im Juli 1951 am Währinger Gürtel in Wien; Blick zum Stift Melk an der Donau, Jahrhundert-Hochwasser 1954; Erste Hilfe bei einer Überschwemmung in Wiener Vorstadt, 1830; Hochwasser in Ybbs: Bewohner flüchten mit Boot; Unwetter: Vater bringt sein Kind in Sicherheit;

"kurier.at" gefunden am 25.07.2021 05:06 Uhr

Do's und Dont's beim Unwetter: So schützen Sie Ihr Heim

Wetterextreme: Wie man sich selbst und seine vier Wände schützen kann, verrät Naturgefahren-Experte Johannes Hübl.

Die Bilder der Hochwasser-Katastrophen der vergangenen Wochen sind omnipräsent. Unfassbar das Leid, die Zerstörung, die Naturgewalt. Wie man sich gegen so enorme Wassermengen hätte schützen können, ist wohl eine Frage, die Landschaftsplaner und Stadtentwickler in Zukunft klären müssen. Doch jeder Einzelne kann gewisse Maßnahmen setzen, die seine eigene Sicherheit steigern und auch Haus und Hof besser schützen. Denn auch Hagel, Sturm oder Gewitter können Schäden anrichten und Starkregen zu punktuellen Überschwemmungen führen.

Generell wird empfohlen, Unwetter- und Hochwasser-Apps zu nutzen, die rechtzeitig warnen können. Doch das allein ist nicht genug, wissen vor allem die direkt Betroffenen nur zu gut. Johannes Hübl, Leiter des Instituts für Bautechnik und Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur Wien, rät: „Gerade in Risikogebieten ist es wichtig, sich bereits im Vorfeld zu überlegen: Was kann passieren und wie gehe ich mit der Situation dann um.“

Unwetter-Notfallplan erstellen

Durch Vorbeugende Schutzvorkehrungen können Schäden vermieden oder wenigstens begrenzt werden. Der Experte für Naturkatastrophen rät deshalb dazu, die „3 V“- Regel zu befolgen: „Die Vorbereitung im Alltag, sprich einen Notfallplan erstellen und eventuell mobile Schutzsysteme bereithalten. Dann die Vorbereitung im Ereignisfall: Dazu zählt etwa die akute Anbringung der Schutzsysteme oder das Deaktivieren der Haustechnik. Und letztlich das Verlassen des Gebäudes: Wichtig ist, seine Fluchtwege zu kennen.“ All das klingt so selbstverständlich, doch tatsächlich sind wir in Extremsituationen oft überfordert, handeln durchaus unlogisch. Nicht selten kommt es vor, dass Menschen beim Versuch ihr Hab und Gut zu retten, in den sicheren Tod tappen. Allerdings ist nichts so wirksam, wie präventive Maßnahmen bereits im Vorfeld oder beim Hausbau: „Abflussmulden schaffen oder erhöhte Eingänge können bereits vieles abhalten. Dass die gesamte Haustechnik noch immer standardmäßig im Keller installiert wird, ist fatal. Da entsteht schnell enormer Schaden, der leicht zu verhindern wäre, würde der Platz dafür zum Beispiel im Obergeschoß geschaffen werden“, mahnt Hübl zum vorausschauenden Handeln.

Im Akutfall: Darauf sollten Sie unbedingt achten

Bewegliche Gegenstände sichern: Fahrzeuge unterstellen, Gartenmöbel, Spielgeräte etc. verräumen sowie Fenster und Türen zu schließen. Oft werden Häuser durch Abflussrohre geflutet, nicht von außen. Ist die Kanalisation überfordert, drückt das Wasser teils von unten durch die Abflussrohre nach oben ins Gebäude. Deshalb überprüfen Sie regelmäßig die Rückstauklappen. Diese schützen das Badezimmer und Küche vor der Überflutung bei Starkregen. Eine einfache Maßnahme, um das Dach zu sichern, sind sogenannte Sturmklammern. Diese Metalldrähte fixieren die Dachziegel am Dachstuhl. Da Sturmschäden etwa an Dächern durch eine Druck- und Sogwirkung zustande kommen, hilft diese relativ kostengünstige Maßnahme sehr effektiv, Sturmschäden am Dach zu verhindern.

Bei Gewitter elektrische Geräte vom Strom nehmen oder einen Überspannungsschutz verwenden. Bei einer Mehrfachsteckdose mit Kippschalter, reicht das Ausschalten nicht aus. Die Energieleiste sollte man ebenfalls komplett vom Netz nehmen. Vor allem bei Überschwemmungen gilt: Strom abschalten! Insbesondere, bevor man den nassen Keller betritt. Auch sollten gefährliche Stoffe oder Chemikalien regelmäßig entsorgt oder so gelagert werden, dass das Wasser sie nicht erreicht. Gerade tiefer liegende Garagen können bei Hochwasser zur tödlichen

Falle werden, Auto im Notfall also lieber stehen lassen. In erster Linie aber gilt immer: Die Familie, die Haustiere und sich selbst zuerst in Sicherheit bringen.

Mehr zum Thema Wohnen & Design

Kommentare

Sturmschäden am Dach lassen sich durch Sturmklammern verhindern © Bild: Kurier/Franz Gruber

"kurier.at" gefunden am 25.07.2021 05:06 Uhr

Hochwasser: Als die Fluten kamen

Unwetterkatastrophen werden in Österreich seit weit über 1.000 Jahren aufgezeichnet. In besonders tragischen Fällen gab es mehrere Tausend Tote.

Die Unwetterkatastrophen in Deutschland, Italien, Belgien, Holland, Indien, China und Österreich schockieren nicht nur die Bewohner der betroffenen Länder. Überschwemmungen hat es natürlich immer schon gegeben – zum Teil mit noch weit dramatischeren Folgen. Das erste uns überlieferte Hochwasser in Österreich betraf die Drau in Kärnten im Jahr 792. Eine Hochflut der Donau forderte im Jahr 1235 bei Wien und Krems 10.000 Menschenleben und ließ ganze Ortschaften untergehen.

Zeitzeuge aus 1501

Zu einer der größten Donauüberflutungen aller Zeiten kam es 1501. „Es ereignete sich eine derart große Überschwemmung, wie es sie in der Erinnerung der Menschen nie gegeben hatte“, hinterließ uns der Zeitzeuge und Pfarrer Lorenz Mittenauer aus Wels. „Die Häuser, die in der Ebene lagen, trug es fort, Dörfer riss es hinweg.“ Aus Melk ist überliefert, dass „die Wasserflut in der Frauenkirche eine Elle hoch (bis zu einem Meter) über dem Altar stand.“

Wiener Schwedenplatz

In erschreckender Regelmäßigkeit traten die Flüsse im 18. Jahrhundert über die Ufer. Kaum hatten die Menschen sich von einer Katastrophe erholt, kündigte sich die nächste an: Im Februar 1740 wurde die – am heutigen Schwedenplatz in Wien gelegene – Brücke durch Wassermassen nach plötzlich einsetzendem Tauwetter zerstört. Bald neu aufgebaut, ging sie wenige Jahre später wieder in den Fluten unter. Das Hochwasser kam Jahr für Jahr und wurde immer heftiger, sodass in Wien viele Häuser bis zum ersten Stock überflutet waren.

„Die Menschen versuchten dem Schrecken zu entgehen“, sagt Johannes Hübl, Professor am Institut für Alpine Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur in Wien. „Einerseits haben sie die Nähe der Flussräume gemieden und sich auf höher gelegenen Trassen angesiedelt. Andererseits wurden die an den Flüssen gebauten Vororte der größeren Städte regelmäßig überflutet. Die Flüsse dienten schon in den Zeiten der Römer als wichtige Handelswege.“

In Österreich wurden vor allem Salzach, Traun, Enns, Inn, Ybbs, Erlauf, Traisen und die Mur immer wieder bedrohlich, mitunter sogar der normalerweise als Bächlein dahin rinnende Wienfluss, der 1741 den Schlosspark von Schönbrunn verwüstete. Die meisten Jahrhundert-Hochwässer betrafen aber natürlich die Donau. 1830 glichen Praterstraße und Hauptallee in Wien reißenden Strömen, 74 Menschen starben, Hunderte wurden evakuiert, fast 700 Häuser schwer beschädigt.

Und so war es keine Liebeserklärung an die Donau, als Johann Strauss 1867 den Donauwalzer schuf. Denn die Donau war bei den Wienern alles andere als beliebt, sie trat fast jedes Jahr aus ihren Ufern und bedrohte die Bevölkerung. Der Walzerkönig selbst hatte das in seiner Kindheit miterlebt, als er mit seinen Eltern in der Leopoldstadt wohnte und mit ihnen oft über Nacht aus der Wohnung flüchten musste, weil das Hochwasser durch die Fenster in die Stuben floss.

Donau, so blau

Der Donauwalzer war noch lange nicht die heimliche Hymne der Österreicher. Das lag daran, dass der Strom damals unreguliert in mehreren Armen durch Sumpf- und Wiesenland an Wien vorbei floss – es sei denn, er trat über die Ufer. Dazu kamen die eher dümmlichen Worte, die der Feder des Polizeibeamten Josef Weyl entstammten: „Wiener, seid froh! Oho, wieso?“

Erst mit dem neuen Text „Donau, so blau“, den der Oberlandesgerichtsrat Franz von Gernerth 1890 schuf, erlebte die Melodie ihren Durchbruch. Auch weil die Donau mittlerweile infolge ihrer Regulierung wirklich zu einem Teil der Stadt geworden war.

1000 Menschen gerettet

Überschwemmungen traten zu allen Jahreszeiten auf. Im Frühjahr, Sommer und Herbst wurden sie durch starke Regenfälle verursacht, im Winter durch Eisstöße (die es heute praktisch nicht mehr gibt). Als die ärgste Naturkatastrophe des 20. Jahrhunderts wurde das Hochwasser bezeichnet, das im Sommer 1954 über Österreich hereinbrach. Salzach, Enns, vor allem aber die Donau und ihre Nebenflüsse traten über die Ufer und überschwemmten allein in Oberösterreich ein Gebiet so groß wie der Traunsee, 1000 Menschen wurden gerettet. Salzburg war nach heftigen Regenfällen von der Außenwelt abgeschnitten, die Salzkammergutseen, die die Wassermassen nicht mehr aufnehmen konnten, traten über die Ufer, Tiere verendeten, Felder und Siedlungen wurden zerstört, viele Ortschaften überschwemmt. 22 Prozent des Stadtgebiets von Linz standen unter Wasser.

Fünf Todesopfer forderten die schweren Unwetter im Sommer 1959. Innerhalb von 24 Stunden wurden bis zu 100 Liter Wasser pro Quadratmeter gemessen, die Westbahnstrecke musste gesperrt werden, der Schaden betrug mehrere hundert Millionen Schilling. Mehr als 60 Menschen starben bei Hochwasserkatastrophen 1965/66.

Das technische Zeitalter beschert uns sowohl Schutz vor Überschwemmungen, als auch neue Gefahren. Exakte Messungen ermöglichen ein ausgeklügeltes Vorwarnsystem für ganz Österreich. Andererseits wurde durch die Begradigung und Betonierung vieler Flussbette die Hochwassergefahr erhöht.

2002 und 2013

Jahrhundert-Hochwässer wurden in Österreich auch in den Jahren 2002 und 2013 registriert. Und der Klimawandel spielt natürlich mit. „Durch die über längere Perioden anhaltenden hohen Temperaturen nimmt die Luft mehr Wasser auf, wodurch großräumig erhöhter Niederschlag fällt“, erklärt Prof. Hübl. „Und je wärmer es wird, desto heftiger können die Gewitter werden. Noch hat sich die Anzahl der Schadensereignisse nicht signifikant verändert, es hat auch früher viele Hochwässer gegeben, aber es waren klimatisch andere Zeiten. Es besteht kein Zweifel, dass die Hochwässer durch den Klimawandel immer häufiger werden.“

Kommentare

Hochwasser 1951 am Währinger Gürtel in Wien © Bild: United States Information Servic / ÖNB-Bildarchiv / picturedesk.com/United States Information Servic/ÖNB-Bildarchiv/picturedesk.com Hochwasser in Ybbs: Bewohner flüchten mit dem Boot

© Bild: ÖNB-Bildarchiv / picturedesk.com Erste Hilfe bei einer Überschwemmung in der Wiener Vorstadt 1830

"orf.at" gefunden am 25.07.2021 01:15 Uhr

Kampf ums Zentrum in der Ortsmitte

Online seit gestern, 19.08 Uhr Früher Nachmittag an einem typischen Julitag in Horn.

Die Parkplätze im Stadtzentrum sind etwa zur Hälfte gefüllt, vereinzelt sind Passantinnen und Passanten zu sehen, einige ältere Männer sitzen auf Bänken in der Sonne und beobachten die Szenerie. Ein bedeutender Teil des Horner Lebens spielt sich allerdings nicht hier, sondern einige Kilometer entfernt am Stadtrand ab – im Einkaufszentrum. Dorthin fahren viele mit dem Auto. Ein großer Parkplatz, rundherum Geschäfte. Dieses Bild ist allerdings keine Besonderheit der Waldviertler Bezirkshauptstadt. Ähnliches könnte man auch in vielen anderen Städten und Gemeinden des Landes beobachten.

„Innenstädte wünschen wir uns belebt“, sagt Gernot Stöglehner, Institutsleiter und Professor für Raumplanung an der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien. Leben komme allerdings nur dann in die Zentren, wenn es Geschäfte und Gastronomie in der Erdgeschosszone gebe. „Wenn wir die verlieren, weil sie ins Einkaufszentrum abwandern, dann fehlen uns in der Innenstadt viele Beiträge fürs Leben“, so Stöglehner. In der Horner Innenstadt wurden etwa alleine im Vorjahr Filialen einer Drogeriekette und einer Bäckerei geschlossen. Im Einkaufszentrum gibt es beide immer noch.

Der Bau von neuen Einkaufszentren am Stadtrand wäre in Niederösterreich nach einigen Gesetzesänderungen kaum noch möglich. Sie dürften nur dort entstehen, wo auch eine Mindestanzahl an Einwohnern lebt. Für Stöglehner eigentlich eine „innovative Lösung“. Es gibt ein Aber. Viele Einkaufszentren habe man basierend auf altem Recht und alten Widmungen gebaut, „gegen die man jetzt nichts machen kann“, sagt Stöglehner: „Die sind jetzt im Raum vorhanden und mit denen muss man leben, auch mit ihrer Konkurrenz zu den Innenstädten.“

Ein Einkaufszentrum neben dem Rathaus

Ein wenig anders ist die Situation in Mank (Bezirk Melk), einer Gemeinde mit knapp 4.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Vor knapp 20 Jahren zog dort ein studierter Raumplaner als Bürgermeister ins Rathaus ein. Mit dieser Ausbildung habe man „viele Möglichkeiten, aktiv für die Ortskernentwicklung beizutragen“, sagt Martin Leonhardsberger (ÖVP). Auf der einen Seite arbeite die Gemeinde über das Stadtmarketing eng mit der lokalen Wirtschaft zusammen, zum anderen spiele die Gemeinde eine aktive Rolle am städtischen Bodenmarkt, kaufe etwa vorsorglich bestimmte Grundstücke an und entwickle sie.

Grund und Boden

Schwer erreichbare Supermärkte am Rand des Siedlungsgebiets gibt es allerdings auch dort. Dass es anders geht, zeigt das „Alpenvorlandcenter“. Das Einkaufszentrum wurde vor zehn Jahren eröffnet – direkt neben dem Manker Rathaus und damit mitten in der Stadt, an einer Stelle, an der sich zuvor ein alter leerstehender Bauernhof befunden hatte. Ein Supermarktbetreiber habe zuvor einen Standort gesucht, erzählt Leonhardsberger, mit der gemeinsam gefundenen Lösung habe man in den vergangenen Jahren den Ortskern belebt.

Das Einkaufszentrum habe laut Bürgermeister aber wiederum neue Leerstände verursacht, weil einige Geschäfte aus anderen Gebäuden in der Innenstadt übersiedelt seien: „Die nächste Herausforderung war dann, diese neu entstandenen Leerflächen zu füllen. Wir entwickelten ein Leerflächenmodell, bei dem der Grundbesitzer, die Gemeinde und das Stadtmarketing einen Beitrag leisten, damit neue Firmen sehr günstig Geschäftsflächen finden können.“

Fotostrecke mit 4 Bildern

Abhängig vom Willen der Eigentümer

Mit denselben Problemen wie alle anderen Gemeinden kämpft man auch hier: Wenn etwa ein Eigentümer partout nicht will, dass sein Grundstück im Zentrum entwickelt wird. Wenn er es zum Beispiel ausschließlich als Wertanlage betrachtet. „Legistische Möglichkeiten gibt es da kaum“, sagt Ortschef Leonhardsberger, man müsse in der Regel als Gemeinde auf die Grundbesitzer zugehen und sie „entweder motivieren, von sich aus tätig zu werden, oder direkt das Geld in die Hand nehmen und das Grundstück kaufen“.

Zumindest ein wenig Abhilfe soll ein neues Raumordnungsgesetz schaffen, das im Vorjahr im niederösterreichischen Landtag beschlossen wurde. Die Gemeinde kann seitdem relativ einfach Bauland widmen, das auf sieben Jahre befristet ist. Wird das Grundstück in diesem Zeitraum nicht bebaut, wird es automatisch wieder rückgewidmet. Damit soll Spekulationen mit Baugrundstücken Einhalt geboten werden – mehr dazu in Neues Gesetz als Bremse für Grünland-Verbauung (noe.ORF.at; 26.10.2020).

Für Fachleute ist der Bauzwang ein Schritt in die richtige Richtung, um Ortszentren entwickeln und die Zersiedelung bremsen zu können. Erneut gibt es ein Aber. „Das Problem mit all diesen bodenpolitischen Maßnahmen ist, dass sie immer einen Widmungsakt voraussetzen“, sagt BOKU-Professor Gernot Stöglehner, „das heißt, ich muss wieder eine grüne Wiese in Bauland umwidmen.“

Neuer Anlauf für Infrastrukturabgabe?

Er spricht sich für zusätzliche finanzielle Anreize aus. Nicht genutzte Gebäude oder Baugrundstücke könnten etwa durch eine Infrastrukturabgabe oder eine Neuregelung der Grundsteuer belastet werden. „Dann wird Leerstand tatsächlich wieder verfügbar gemacht, weil er etwas kostet“, sagt der Raumordnungsexperte. „Jetzt kostet es zwar die Erhaltung, aber sonst rundherum nicht viel.“

Diese grundsätzliche Idee ist nicht neu. In Niederösterreich hat man damit sogar schon Erfahrungen gesammelt. 1995 beschloss der Landtag eine Infrastrukturabgabe für bestimmte unbebaute Grundstücke, die bereits als Wohnbauland gewidmet waren. Als Frist bis zur ersten – durchaus saftigen – Zahlung wurden damals fünf Jahre festgelegt. 1999, also unmittelbar bevor die ersten Eigentümer zur Kasse gebeten worden wären, kippte der Landtag das Gesetz in letzter Minute wieder. Man wolle Grundstückseigner nicht belasten, hieß es damals, schließlich handle es sich um deren Eigentum.

Für Stöglehner gilt das Argument in dieser Form heute nicht mehr. Eigentum sei zwar zurecht ein hoch geschützter Grundwert, „wir sehen aber jetzt, dass aufgrund unseres überbordenden Baulandbedarfs der letzten Jahrzehnte ein zusätzliches öffentliches Interesse in den Vordergrund tritt: das Interesse an Bodenschutz“.

Neues Viertel für Mank

Wie innovativ Raumplanungsprojekte innerhalb der bestehenden Gesetze aussehen können, zeigten im Vorjahr Studierende des BOKU-Professors – ausgerechnet in Mank. Die Stadtgemeinde hatte zuvor ein 3,5 Hektar großes stillgelegtes Molkereiareal gekauft, für das die angehenden Raumplaner möglichst nachhaltige und flächenschonende Ideen finden sollten.

„Hier ist schon Boden verbaut und wir wollten diesen Boden wieder reaktivieren“, sagt Bürgermeister Leonhardsberger. Bis zu 200 Wohnungen sollen hier entstehen – und natürlich Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Gemeinsam werde man das in den kommenden Jahrzehnten entwickeln, so der ÖVP-Politiker: „Das wird sicher das nächste große Thema in unserer Stadtentwicklung.“

Felix Novak, noe.ORF.at

Link:

"orf.at" gefunden am 25.07.2021 06:24 Uhr

DIY-Fassadenbegrünung gratis erhältlich

Grüne Hausfassaden sollen gegen städtische Hitzeinseln wirken: Jetzt gibt es die eigens dafür entwickelten Module auch als Selbstbau-Variante, für die es kein Montageteam und keine Genehmigung braucht.

Aufgrund einer Förderung sind bis zu vier DIY-Module gratis.

Die All-in-One-Begrünungslösung „BeRTA“ wurde von Wissenschaftlern in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien entwickelt – bisher brauchte es allerdings ein Montageteam sowie eine Aufstellgenehmigung. Das fällt bei der Selbstbau-Variante weg. „Besteller und Bestellerinnen erhalten über die Grünfassadenförderung der Stadt Wien eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von bis zu 3.200 Euro. Damit können bis zu vier BeRTA-Module zu 100 Prozent über die Grünfassadenförderung finanziert werden“, heißt es von der Stadt. Rund 32 Quadratmeter Fassade können damit begrünt werden.

APA/Boku/Christine Kaindl

Die Module gibt es jetzt auch in einer Do-it-Yourself-Variante

Ziel der neuen Aktion ist es, mehr Wienerinnen und Wiener zur Begrünung ihrer Hausfassaden zu bewegen. „Besonders während Hitzewellen ist Begrünung wertvoll, denn Pflanzen wirken wie natürliche Klimaanlage, um zum Beispiel überhitzte Innenhöfe abzukühlen. Fassadenbegrünungen können die gefühlte Temperatur um bis zu 13 Grad senken“, so eine Sprecherin.

Nur Pflanzen müssen selbst besorgt werden

Erhältlich sind die Selbstbau-Pakete ab sofort online. Grundsätzlich ist alles dabei, was es zur Begrünung braucht, nur die Pflanzen müssen selber besorgt werden. Für den Aufbau der Pflanztröge braucht es keine speziellen Kenntnisse. Die Do-it-Yourself-Variante darf allerdings nur auf Privatgrund wie zum Beispiel Innenhöfen platziert werden. Mit Ausnahme von denkmalgeschützten Gebäuden oder Bauten in einer Schutzzone ist dafür keine Zustimmung von der Stadt bzw. anderen offiziellen Stellen notwendig. Sehr wohl braucht es jedoch den Sanktus der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer in einfacher Mehrheit.

Neben der Selber-Aufbau-Lösung schon länger erhältlich ist das All-in-One-Paket, in dem von der ersten Besprechung an Ort und Stelle über die Planung bis hin zur Montage sämtliche Arbeitsschritte des Vorhabens inkludiert sind. Auch die Begleitung bei der behördlichen Genehmigung gehört dazu. Diese können sowohl straßen- als auch innenhofseitig verwendet werden. Sie sind jedoch deutlich teurer, werden jedoch auch gefördert.

Erstes DIY-Projekt bei Hort

Das erste DIY-Projekt auf Privatgrund gibt es übrigens bereits: Die Kinder des Heilpädagogischen Hortes in der Dreihackengasse in Alsergrund haben sich schon seit langem eine Möglichkeit zum „Garteln“ gewünscht, nun haben sie zwei BeRTA-Module zum Hegen und Pflegen.

red, wien.ORF.at/ Agenturen

Link:

"tt.com" gefunden am 25.07.2021 07:00 Uhr

BOKU-Forscher: „Raumordnung für Hochwasserschutz zentral“

Naturgefahren-Forscher Johannes Hübl hält Klimaschutz nur für einen Baustein, die Widmungspolitik sei auch ein wichtiger Hebel.

Innsbruck –Johannes Hübl von der Universität für Bodenkultur in Wien (BOKU) hatte diese Woche in der ZiB 2 einen eindrücklichen Auftritt. Der Salzburger erklärte der Nation, dass man etwa bei Hochwasser das Auto nicht aus der Garage holen solle. Schlicht deswegen, weil es schnell zur Mausefalle wird. Im TT -Interview führt er aus, wie man die Bevölkerung für Katastrophenübungen ins Boot holen kann und warum eine Hochwasser-Kommission als Entsprechung zur Lawinenkommission sinnvoll wäre.

Ist der Kampf gegen den Klimawandel der beste Schutz gegen Naturkatastrophen?

Johannes Hübl: Das kann man nicht so allgemein sagen, denn der Klimawandel beeinflusst prinzipiell nur die Entstehung einer gefährlichen Situation. Er ändert aber nichts an der räumlichen Lage (Vorhandensein von verletzlichen Objekten, wie Personen, Gebäuden und Infrastruktur) im potenziell gefährdeten Raum. Nichtsdestotrotz ist der Kampf gegen den Klimawandel ein wichtiger Baustein zum Schutz vor Naturgefahren. Genauso wichtig sind aber Anpassungsstrategien, die sich etwa im Bereich der Raumordnung, Bauordnungen, Schutzmaßnahmen und Landnutzung finden.

"naturschutzbund.at" gefunden am 25.07.2021 15:00 Uhr

Umweltschutzorganisationen fordern beim Flusserlebnistag effektiven Schutz des Naturjuwels Isel

Regel Andrang beim Flusserlebnistag Isel – WWF und Naturschutzbund präsentierten vielfältiges Programm und fordern umfassenden Schutz des letzten naturnahen Gletscherflusssystems Österreichs

Zahlreiche Teilnehmer*innen folgten der Einladung von WWF Österreich und Naturschutzbund zum Flusserlebnistag Isel und erkundeten mit großem Interesse die Besonderheiten des letzten intakten Gletscherflusssystems Österreichs. „Das Naturjuwel Isel begeistert die Menschen“, erklärt Marianne Götsch, Kampagnenleiterin zum Schutz der Isel beim WWF Österreich. „Deshalb kämpfen wir seit zehn Jahren für die vollständige Ausweisung der Osttiroler Gletscherflüsse als Naturschutzgebiet. Der derzeitige Entwurf des Landes Tirol weist jedoch erneut dieselben Lücken wie das bestehende Natura 2000 Gebiet auf. Daher erneuern wir beim Flusserlebnistag unsere Forderung nach dem umfassenden Schutz dieses einzigartigen Flusssystems und einem Stopp der Kraftwerksverbauungen.“

Aktuell bedrohen Kraftwerksprojekte alle Zubringer der Isel – darunter auch das umstrittene Kraftwerk Haslach-Kalserbach. Dabei kann jedes weitere Kraftwerk der Kippunkt sein, der das wertvolle und einzigartige Gletscherflusssystem in seiner Vitalität zerstört. Sie gefährden wichtige Rückzugsorte für seltene und geschützte Arten, wie Flussuferläufer, Deutsche Tamariske, Gelbbauchunke, oder Äsche. „Naturjuwelen wie die Osttiroler Gletscherflüsse sind die Aushängeschilder Österreichs. Die sensiblen Ökosysteme entlang von Wildflusslandschaften sind auf eine intakte Flussdynamik und ein durchgängiges Netzwerk aus Hauptfluss und kleineren Flüssen angewiesen“, erklärt Roman Türk, Präsident des Naturschutzbundes Österreich.

„Mit der Isel und ihren Zubringern haben wir in Osttirol bislang etwas bewahrt, was in anderen Regionen längst verloren ist“, sagt Reinhold Bacher, Naturschutzreferent der Alpenvereinssektion Murre im Osttirol. „Dieses wertvolle Naturerbe steht durch die Kraftwerksprojekte auf dem Spiel. Wir wollen, dass auch unsere Kinder die Schönheit der Natur erleben können. Dafür braucht es einen umfassenden Schutz des Flusssystems.“

Beim Flusserlebnistag Isel konnten die Besucher*innen an verschiedenen Stationen anhand von Workshops, Führungen, Tier- und Pflanzenbeobachtungen mehr über das Tiroler Naturerbe Isel und die Osttiroler Gletscherflüsse erfahren. „Das Gletscherflusssystem der Isel ist alpenweit etwas ganz Besonderes – etwa aufgrund seiner ungestörten Dynamik, seiner ausgedehnten, frei passierbaren Fließstrecken und der typischen Lebensraumvielfalt, die sich beispielsweise im vitalen Vorkommen der Deutschen Tamariske zeigt. Deshalb ist diese einmalige Flusslandschaft einer der letzten Orte, an denen wir hautnah sehen, erleben und erforschen können, wie naturnahe, gletschergeprägte Alpenflüsse funktionieren“, so Susanne Muhar von der Universität für Bodenkultur.

"newsroom.pr" gefunden am 25.07.2021 08:27 Uhr

Viel Zuspruch für die Vitalpin-Förderpreise zum Schutz des Alpenraums

Am 30. Juni hat die Einreichfrist für die von Vitalpin ausgeschriebenen Förderpreise für nachhaltige Projekte, welche zur Reduzierung von Treibhausgasen im Alpenraum beitragen, geendet. Knapp 40 Bewerbungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Südtirol sind eingegangen. Eine international besetzte Jury, unter dem Vorsitz des ehemaligen EU-Kommissars Dr. Franz Fischler, wird nun anhand eines Bewertungskatalogs über die Vergabe der Preise entscheiden. Die Bekanntgabe der Gewinner erfolgt Ende September.

25.07.2021 Innsbruck Chronik, Fachtouristik, Tourismus, Umwelt Vitalpin

Die Initiative Vitalpin Klimainvestment, welche vom Klimaschutzexperten ClimatePartner begleitet wird, sammelt finanzielle Mittel durch freiwillige Prämienzahlungen von Unternehmen. Damit können bereits im ersten Jahr des regionalen Förderpreises 65.000 Euro in Projekte fließen, die nachhaltig Treibhausgase einsparen, unseren Lebensraum dadurch lebenswerter machen und ihren Anteil zur Erreichung der Klimaziele leisten. Im Detail werden von Vitalpin Lösungen aus den Bereichen Nachhaltige Mobilität, Energieeffizienz, Investition in und Verwendung von Erneuerbaren Energien, Maßnahmen zur Kohlenstoffbindung, Maßnahmen zur Förderung von Biodiversität und Initiativen zur Kreislaufwirtschaft unterstützt. Insgesamt wurden 39 Anträge aus vier Ländern und den unterschiedlichsten Branchen eingereicht.

Theresa Haid, Geschäftsführerin von Vitalpin, freut sich über das große Interesse bereits im ersten Jahr: „Die beachtliche Anzahl an Bewerbungen freut uns und zeigt, dass der alpinen Wirtschaft und vor allem auch der hiesigen Tourismusbranche die Wichtigkeit von Nachhaltigkeit und Klimaschutz durchaus bewusst ist. Die Bandbreite der Projekte umfasst alle definierten Themenbereiche und es ist schön zu sehen, dass auch der Bildungs- bzw. Bewusstseinsbildungsaspekt in diversen Einreichungen berücksichtigt wurde und es somit hoffentlich auch gelingt, mithilfe der Gewinnerprojekte eine Vorbildwirkung für unternehmerische Nachhaltigkeit im Alpenraum zu erzielen.“

Der Jury-Vorsitzende und ehemalige EU-Kommissar Dr. Franz Fischler fügt hinzu: „Neben namhaften Unternehmen finden sich auch sehr kleine Betriebe unter den Bewerbern. Das macht Mut, denn betrieblicher Umweltschutz muss zukünftig größenunabhängig ein fixer Bestandteil jedes Unternehmertums sein. Vitalpin bietet mit dieser Initiative Vorzeigeprojekten eine Bühne, holt sie vor den Vorhang und animiert so hoffentlich viele weitere dazu im Einklang mit der alpinen Natur zu wirtschaften.“

Prominent und kompetent besetzte Jury

Die Auswahl der Projekte wird nun von einer interdisziplinär und hochkarätig besetzten Jury getroffen. Diese besteht aus Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Kompetenzfeldern. Den Vorsitz übernimmt

Dr. Franz Fischler (ehemaliger EU-Kommissar). Die weiteren Mitglieder sind Mag. Alice Schmidt (POW Science Alliance), Mag. Karin Huber Heim (Circular Economy Forum), Dr. Ulrike Pröbstl-Haider (BOKU Wien), Dr. Christian Baumgartner (CIPRA International) und DI Hans-Jürgen Salmhofer

(Bundesministerium für Klimaschutz) sowie der ehemalige deutsche Profiskirennläufer Felix Neureuther.

Die Gewinner werden Ende September bekannt gegeben.

Vitalpin ist eine gemeinnützige, nicht gewinnorientierte, unpolitische und international agierende Organisation mit Mitgliedern im gesamten deutschsprachigen Alpenraum. Die Dachorganisation vereint eine Million Menschen und Unternehmen in den Alpen, die von und mit dem Tourismus leben und von einem funktionierenden Tourismus abhängig sind. Vitalpin baut Brücken in eine Zukunft, in der Mensch, Wirtschaft und Natur im Gleichgewicht zueinanderstehen. Dabei vertritt Vitalpin Interessen, schafft Klarheit bei kontroversen Themen und stärkt das Bewusstsein für den Stellenwert des Tourismus in den Alpen.

"Profil" Nr. 30/2021 vom 25.07.2021 Seite 20,21,22 Ressort: Österreich Von: THOMAS HOISL

Das Heulen auf den Almen

Die Zahl gerissener Weidetiere steigt und steigt. Bauernvertreter laufen gegen den geschützten Wolf Sturm-und fordern leichtere Abschüsse. Ist das wirklich die einzige Lösung?

Roman Kirnbauer ist derzeit so etwas wie ein inoffizieller Kriminalermittler und Gerichtsmediziner. Der Wildbiologe und amtliche "Rissbegutachter" des Landes Kärnten klappert nahezu täglich Täler und Almen ab, um eine Tötungsserie der etwas anderen Art aufzuklären: Bereits 50 Weidetiere wurden heuer auf Kärntner Almen gerissen-so viele wie seit Jahrzehnten nicht, meint Kirnbauer. Als profil ihn vergangenen Montagmorgen am Handy erreicht, ist schon wieder etwas passiert: "Sieben Tote, vier Schwerverletzte, ein Haufen Abgängiger", fasst der Rissbeauftragte die neueste Eilmeldung zusammen. Die Opfer: eine Schafsherde, die auf der Hochrindl-Alm auf knapp 2000 Höhenmetern weidete. Kirnbauer packt Einmalhandschuhe, Skalpell und Mikroröhrchen für Gewebeproben ein. DNA-Spuren sollen später Belege für den Widersacher der Schafe liefern. Eine Vermutung hat Kirnbauer bereits.

Der Wolf sorgt im ländlichen Raum zunehmend für Wirbel. Wenige Wochen nach Beginn der Almsaison wurden heuer bereits mehr als 200 Nutztiere gerissen, überwiegend durch Wölfe. Almenvereine, Bauernverbände und die Landwirtschaftskammern laufen Sturm. Mit martialischen Parolen wie "Schafkiller sind Almkiller" und "Nein zum Wolf" gingen etwa Tiroler Bauern vor Kurzem auf die Straße. Neben Tirol und Salzburg, wo seit Jahren gegen den geschützten Beutegreifer lobbyiert wird, hat die Wolfsdebatte heuer endgültig auch Kärnten erreicht. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, einst im Kärntner Bauernbund sozialisiert, schaltete sich ebenfalls ein und plädierte für einen leichteren Abschuss von "Problemwölfen". Dient der Wolf nur der sommerlichen Folklore oder ist er ein echtes Problem? Sind Abschüsse alternativlos und überhaupt möglich? Und ist die Hilfe für betroffene Bauern ausreichend?

Roman Kirnbauers weißer Kombi biegt in die 280-Seelen-Gemeinde Sirnitz ein und parkt vor einem kleinen Kühlhaus. Normalerweise dient die Hütte als Zwischenlager für geschossenes Schalenwild. Heute wird sie zur Obduktion von sieben gerissenen Schafen umfunktioniert. Die toten Tiere waren am Vortag von der Alm ins Tal geschafft worden und baumeln nun am Eisenhaken hinten in der Kühlkammer. "Das sind ja richtig professionelle Bedingungen",schmunzelt der Rissbeauftragte. "Da ist alles noch ganz frisch, keine Maden dran." Ein beißender Gestank liegt aber trotzdem in der Luft, Fliegen kreisen, als der Wildbiologe die Gurgel des ersten Schafs unter die Lupe nimmt. "Jo hawidere, da war Kraft am Werk",so sein erster Befund. Dann setzt der Gutachter das Skalpell an und verschafft sich auch einen Blick ins Innere. "Da wurde nicht lange gefackelt. Zwei, drei Schnapper, stumpfe Traumata, kegelförmige Zähne, die durch die Decke reingehen. Sieht mir sehr wolfsartig aus",deutet er auf Bissspuren im Schaffleisch.

Draußen vor dem Kühlhaus herrscht derweil Verärgerung. Die Besitzer der toten Tiere sind zur Obduktion erschienen. Wilfried Mödritscher etwa, Bürgermeister der angrenzenden Gemeinde Albeck, gehörte eines der Schafe. "Wenn sich der Wolf hier etabliert, dann sind auch die Almen-ein Drittel der Kärntner Kulturlandschaft-erledigt", sagt er mit einem Kopfschütteln. Noch schlimmer hat es Landwirtin G. erwischt. Sie ist Halterin der restlichen toten Tiere. Vier Schafe würden noch verletzt auf der Weide liegen, einige seien vermisst, der Rest ihrer 33 Tiere über die Alm verstreut. "Als Landwirt lebt man immer mit Verlust, aber das ist reine Willkür",klagt die Bäuerin.

Schließlich ist Roman Kirnbauer mit seiner Rissbegutachtung fertig und verteilt Formulare. Für die Tierhalter entscheidend: Der Gutachter sieht bei allen Kadavern Wölfe als Todesursache. In diesem Fall bezahlt das Land aus einem Entschädigungsfonds den Durchschnittswert der Tiere. Eine Auszahlung erhalten die Besitzer aber erst Anfang nächsten Jahres.

Experten sind von der aufgeheizten Wolfsdebatte wenig überrascht. "Der Wolf breitet sich rasch in Europa aus, wir gehen von Wachstumsraten von 30 bis 40 Prozent jährlich aus", sagt Klaus Hackländer, Leiter des Instituts für Wildbiologie und Jagdwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien. Waren es 2011 nur drei bestätigte Wolfssichtungen in Österreich, wird die Zahl derzeit auf rund 50 Tiere geschätzt.

Die Gründe für die Zunahme der Populationen sind vielfältig: Einerseits nimmt der Wildbestand und damit das Nahrungsangebot seit Jahrzehnten stark zu. Auch die europaweite Landflucht lässt Wölfe in Gebiete nachrücken, wo Menschen abwandern. Am wichtigsten für das Comeback des Beutegreifers ist aber sein strenger Schutzstatus. Innerhalb der EU ist die Grundlage dafür die "Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie" (FFH), die in den 1990er-Jahren verankert wurde. Sie verbietet "Entnahmen", also Abschüsse von Wölfen.

Ausnahmen gibt es: zur "Wahrung öffentlicher Sicherheit" etwa, oder auch zur Verhütung ernster Schäden in der Tierhaltung. Allerdings stellt auch hier die EU Bedingungen: Abschüsse seien nur möglich, "sofern es keine anderweitige zufriedenstellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen". Hier liegt für Experte Hackländer die Krux. "Österreich hat ein sehr unzureichendes und vor allem unterfinanziertes Monitoring der Wölfe im Land. Wir können gegenüber der EU Abschüsse kaum rechtfertigen." Dabei könnte man Wölfe von Almgebieten grundsätzlich durch Regulierung fernhalten, meint der Experte.

Länder wie Frankreich lehnen sich bei der FFH-Richtlinie weit aus dem Fenster und halten bestimmte Gebiete gänzlich "wolfsfrei". Das Land habe aber ein gutes Monitoring und könne begründen, dass die Population nicht in Gefahr sei. Hackländer sieht deshalb Umwelt- und Landwirtschaftsministerium gefordert, das 2019 gegründete "Österreichszentrum Bär, Wolf, Luchs" ausreichend für Monitoring auszustatten. Eine gefährdete Tierart sei der Beutegreifer mit 17.000 Individuen europaweit nicht mehr (Ende des 19. Jahrhunderts galt er in Österreich als ausgerottet). Aber, so Hackländer: "Der Wolf ist da, und er wird auch mit punktuellen Abschüssen nicht weggehen. Die Frage ist, wie wir mit ihm umgehen. Dafür braucht es ein ordentliches Management."

Zurück in die Gurktaler Alpen. Bis zum Malheur auf der Alm, bei der Bäuerin G. mindestens sechs ihrer Schafe verlor, vermied die Landwirtin das Thema Wolf. "Ich hab die Medienberichte bewusst nicht verfolgt", sagt sie. Der Vorfall trifft die leidenschaftliche Tierhalterin sichtlich. Jedes ihrer Schafe kennt sie mit Namen, sie zog sie teils selbst mit der Flasche groß. Nach der Obduktion geht es für sie und ihre Mutter zurück auf die Alm. Man will verbliebene und verstreuten Tiere suchen, verletzte bergen. Immerhin kehrten bei anderen Vorfällen in Kärnten, etwa der Gailtaler Poludnig-Alm, die Wölfe mehrmals zurück. Die beiden Frauen, die ihren Hof allein managen, fahren einen Traktor samt Anhänger ins freie Gelände in Richtung "Tatort". Einige ihrer Rinder weiden hier, doch die überlebenden Schafe hat es ganz hinauf, auf die unwegsame Spitze des Nockbergs, getrieben. Auch verletzte Tiere sind aus der Ferne zu sehen. Während die Mutter mit einem Futtersack zu den Schafen emporsteigt, beginnt Bäuerin B. mit der notdürftigen Errichtung eines Pferchs, also eines eingezäunten Areals, mithilfe dessen man die Tiere auf den Anhänger treiben kann. Nach einigen Stunden geben sie auf, die Schafe scheinen zu verschreckt, um sich hinabzubewegen. Erst am nächsten Tag können die Frauen eigenständig 20 verbliebene Tiere von der Alm holen. Ärger und Wut empfindet die Landwirtin B. für "Wolfsbeschützer": "Der Wolf tötet aus Lust und Laune und lässt die Kadaver liegen. Das ist die wahre Tierquälerei."

Bei der Umweltorganisation WWF sieht man das freilich anders. "Es gibt in Österreich kaum geschützte Schafherden. Wenn ein Wolf auf der Suche nach neuem Territorium durchs Land zieht, ist es eigentlich ein normales Verhalten, ungeschützte Weidetiere auch zu reißen", meint Magdalena Erich vom WWF. Zu 99 Prozent würde sich ein Wolf von Wildtieren ernähren. Sollte er einmal auf Weidetiere treffen, könne er nicht zwischen "erlaubter und unerlaubter Beute" unterscheiden. "Natürlich ist es schrecklich, wenn Schafe gerissen werden, und wir verstehen, dass die Landwirte eine besondere Beziehung zu ihren Tieren haben." Umso mehr sei es

laut Erich notwendig, dass die Bauern umfassende finanzielle Unterstützung für Herdenschutz erhalten.

Herdenschutz-für die meisten Bauernvertreter ist das ein Reizwort. Auch Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) hält Schutzmaßnahmen für Almbauern "nicht zumutbar" und "unverhältnismäßig hoch" im Aufwand. Bemerkenswert ist, dass das Landwirtschaftsministerium als Mitglied und Förderer der 2019 geschaffenen Koordinierungsstelle "Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs" fungiert. Ein Vertreter des Ministeriums sitzt auch im Vorstand des Vereins. Und das Österreichzentrum hat sich dem Herdenschutz verschrieben. "Uns ist schon klar, dass das Aufstellen von Zäunen in manchen alpinen Bereichen schwer bis unmöglich ist. Aber Herdenschutz ist weit mehr als einfach nur Zäune aufzustellen", erklärt Geschäftsführer Albert Blaschka. "Wir arbeiten etwa an der Etablierung eines modernisierten Hirtenwesens. Die gelenkte, gezielte Weideführung mit einem Abtrieb in einen Nachtpferch kann ein zielführendes Modell für die Almen sein."

Ein Landwirt, der Interesse an Herdenschutzmaßnahmen, welcher Art auch immer, zeigt, ist derzeit auf Förderungen seines Bundeslandes angewiesen. In Tirol und Salzburg hat man in den letzten Jahren erste Möglichkeiten geschaffen. In Kärnten gibt es dagegen keine Mittel: "Herdenschutzmaßnahmen werden vom Kärntner Almwirtschaftsverein und seinen Mitgliedern abgelehnt. Deshalb ist derzeit nicht geplant, eine Förderung dafür aufzustellen", heißt es aus dem Büro von Agrarlandesrat Martin Gruber.

Für Fälle, in denen es bereits zu spät ist, bietet das "Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs" neu eingerichtete "Notfallteams". Die Helfer, Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Forschungseinrichtung Raumberg-Gumpenstein, sollen von Rissen betroffenen Bauern zur Seite stehen und etwa bei der Bergung von Tieren helfen. Geht es nach Geschäftsführer Blaschka sollen die Teams weiter aufgestockt werden, dafür bräuchte es aber mehr Mittel vom Bund.

Der bisher erst dritte Einsatz führte das Notfallteam zu Bäuerin G. auf die Hochrindl-Alm. Zwar kritisiert die Landwirtin, dass die Helfer erst nach vier Tagen und mehrfacher Urgenz beim Land bei ihr eintrafen, für die Leistung der Helfer selbst findet sie aber lobende Worte: "Toll, ein fähiger Einsatzleiter, der wirklich was von Tieren versteht, unkompliziert und gut vorbereitet." Und die beste Nachricht: Auch ein verletztes Schaf konnte noch lebend aus den Felsen geborgen werden.

WOLF AUF WILDKAMERA Seltene Aufnahme aus dem Jahr 2019 in der Kärntner Gemeinde Guttaring

VERSTÖRTE SCHAFE Die Tiere der Poludnig-Alm haben mehrere Wolfsattacken überlebt.

"Zu 99 Prozent ernähren sich Wölfe von Wildtieren."

Magdalena Erich, WWF

HIRTE VALENTIN WALLNER AUF DER POLUDNIG-ALM Schafe mussten ins Tal gebracht werden.

BETROFFENE BÄUERINNEN AM "TATORT" "Der Wolf tötet aus Lust und Laune-das ist die wahre Tierquälerei."

"Herdenschutz ist weit mehr, als einfach nur Zäune aufzustellen."

Albert Blaschka, Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs

"Tiroler Tageszeitung" vom 25.07.2021 Seite 12,13 Ressort: Tirol Sonntags Ausgabe

"Raumordnung für Hochwasserschutz zentral"

Naturgefahren-Forscher Johannes Hübl hält Klimaschutz nur für einen Baustein, die Widmungspolitik sei auch ein wichtiger Hebel.

Innsbruck - Johannes Hübl von der Universität für Bodenkultur in Wien (BOKU) hatte diese Woche in der ZiB 2 einen eindrücklichen Auftritt. Der Salzburger erklärte der Nation, dass man etwa bei Hochwasser das Auto nicht aus der Garage holen solle. Schlicht deswegen, weil es schnell zur Mausefalle wird. Im TT-Interview führt er aus, wie man die Bevölkerung für Katastrophenübungen ins Boot holen kann und warum eine Hochwasser-Kommission als Entsprechung zur Lawinenkommission sinnvoll wäre.

Ist der Kampf gegen den Klimawandel der beste Schutz gegen Naturkatastrophen?

Johannes Hübl: Das kann man nicht so allgemein sagen, denn der Klimawandel beeinflusst prinzipiell nur die Entstehung einer gefährlichen Situation. Er ändert aber nichts an der räumlichen Lage (Vorhandensein von verletzlichen Objekten, wie Personen, Gebäuden und Infrastruktur) im potenziell gefährdeten Raum. Nichtsdestotrotz ist der Kampf gegen den Klimawandel ein wichtiger Baustein zum Schutz vor Naturgefahren. Genauso wichtig sind aber Anpassungsstrategien, die sich etwa im Bereich der Raumordnung, Bauordnungen, Schutzmaßnahmen und Landnutzung finden.

Trotz aller Dramatik ist

Österreich im Vergleich zu Deutschland glimpflich davongekommen. Haben wir viel richtig gemacht?

Hübl: Die Ereignisse sind nicht vergleichbar. Aber wir sind in Österreich sehr gut aufgestellt, was den Schutz vor Hochwasser betrifft. In Summe werden österreichweit über 200 Millionen Euro pro Jahr investiert.

Die Bäche waren bei den Überschwemmungen in Tirol das Hauptproblem. Hat man da etwas verabsäumt?

Hübl: Die größeren Zubringerbäche sind im Kompetenzbereich der Bundeswasserbauverwaltung sowie der Wildbachverbauung. In den vergangenen Jahren wurden an sehr vielen dieser Bäche neue Zonenpläne erstellt, es hat sich auch gezeigt, dass Schutzmaßnahmen erneuert und die Gerinne vergrößert werden müssen. Generell hat Tirol das Problem, Rückhalteflächen im Inntal zu schaffen, wo auch die dichteste Besiedlung ist.

Radfeld will dem Hochwasserschutzverband Tiroler Unterland nicht beitreten und hält die geforderten Rückhalteflächen für viel zu groß. Steht das Gemeinwohl nicht über dem Eigentum?

Hübl: Der moralische Ansatz entspricht nicht immer dem rechtlichen. Bei der Flächeninanspruchnahme für Rückhaltemaßnahmen entstehen natürlich Interessenkonflikte. Zum einen die landwirtschaftliche Nutzung, zum anderen die Nutzung als Retentionsraum, wobei diese Flächen nie wieder Bauland werden. Zum Schutz von Wörgl ist aber zu sagen, dass es unsinnig war, im Überschwemmungsgebiet ein Gewerbegebiet neu anzusiedeln. Dieses wirft wohl kaum so viel ab, wie es kostet, es zu schützen. Vielfach muss man Widmungen hinterfragen.

Die Wörgler Bürgermeisterin sagte, wenn bis heuer nichts weitergeht, baut Wörgl selber eine Schutzmauer. Geht das?

Hübl: Das ist eher Säbelrasseln. Ein Grundsatz ist, dass von einer Schutzmaßnahme nicht ein anderer nachteilig betroffen sein darf. Es hat Forschungen gegeben, was es bringt, wenn man in den steilen Seitentälern Rückhalteflächen schafft, leider wirkt sich das auf den Pegelstand des Inns minimal aus.

Sie sagten in der ZiB 2, die Menschen müssten mehr auf Hochwasser trainiert werden. Ist das Bewusstsein im Westen größer, da hier die Naturgefahren gegenwärtiger sind?

Hübl: Auf die einheimische Bevölkerung trifft das eher zu, aber zu gewissen Jahreszeiten bildet die nur einen Bruchteil, es gibt viele Touristen und Menschen mit Zweitwohnsitzen. Nur wenige Gemeinden schärfen aktiv das Bewusstsein der Bevölkerung und trainieren diese für den Gefährdungsfall.

Wäre ein e i g e n e r Übungstag sinnvoll?

Hübl: Ja, das wäre wichtig. Um in einer Katastrophensituation richtig reagieren zu können, braucht es ein Trockentraining. Das kann man ja mit einem Dorffest am Abend verbinden, wenn Corona wieder vorbei ist. Allen muss klar sein, dass sich eine Katastrophensituation sehr schnell einstellen kann. Es gilt zu handeln, noch bevor die Feuerwehr kommt. Man muss wissen, was man mitnimmt und welche Fluchtwege offen bleiben.

In Tirol gibt es Häuser, die immer wieder vermurt werden. Sollte man da über eine Absiedlung nachdenken?

Hübl: Bei Einzelobjekten muss man sich fragen, ob der Schutzaufwand nicht zu kostspielig ist. Eine Absiedlung bleibt stets die letzte Konsequenz, wobei klar sein muss, wohin sie erfolgt. Sie ist auch politisch kaum zu vertreten. Jeder hängt am Zuhause. Man muss die Leute mit sehr guten Argumenten überzeugen.

Kürzlich wurde in Tirol die Wildbach-App 4.0 präsentiert. Waldaufseher gehen die Bäche ab und speisen Daten ein. Was halten Sie davon?

Hübl: Dieser Weg ist sehr gut, die Waldaufseher kennen die Bäche genau, können Verklausungen beseitigen und Beckenräumungen veranlassen.

Sie erstellen Simulationen. Auch für Tirol?

Hübl: Für die Gefahrenzonenplanung stehen zahlreiche Simulationsprogramme zur Verfügung, deren Ergebnisse können im Ernstfall eine Entscheidungshilfe sein. Sie müssen aber immer mit dem Hausverstand überprüft werden.

Die Lawinenkommissionen funktionieren in Tirol sehr gut, bräuchte es so etwas auch bei Starkregenereignissen?

Hübl: In Tirol gibt es dazu konkrete Überlegungen. Das wäre sicher sinnvoll.

Welche Rolle spielen Kraftwerke?

Hübl: Wie sich beim Hochwasser 2005 gezeigt hat, können große Speicherkraftwerke wie im Zillertal den Hochwasserabfluss stark reduzieren, das ist bei Laufkraftwerken und Kleinkraftwerken nicht der Fall.

Haben Skigebiete einen Einfluss auf Naturkatastrophen?

Hübl: Sie machen das Kraut nicht fett. Lokal sind die Auswirkungen spürbar, wie eine Untersuchung auf der Ischgl Idalpe belegt. Wenige Kilometer weiter spielt das jedoch keine Rolle.

Das Gespräch führte Alexandra Plank

Hochwasser Tirol

Schäden Die Landesregierung geht von 17 Millionen Euro Infrastrukturschäden aus, Privatschäden sind da noch nicht eingerechnet. Schäden im Detail: Bei den Landesstraßen (ca. 5 Mio. Euro), Gemeindeinfrastruktur (ca. 5 Mio. Euro) und Wasserbau sowie Wildbach- und Lawinenverbauung (ca. 7 Mio. Euro).

Gebiete Besonders stark waren die Auswirkungen im Bezirk Kufstein, mit Schwerpunkt in der Bezirkshauptstadt, sowie im gesamten Bezirk Kitzbühel.

Hilfe Betroffene erhalten aus dem Katastrophenfonds 50 % der ermittelten Schadenssumme, die Hälfte als Soforthilfe.

Schutz Allein im Jahr 2021 werden landesweit 23 Mio. Euro in den Hochwasserschutz an den Talgewässern investiert. Vorhandene Gefahrenzonenpläne am Ziller, der Brixentaler Ache oder der Kitzbühler Ache erwiesen sich als richtig.

Großereignisse Unwetter hinterließen 2005 Spuren der Verwüstung im Stanzer-und Paznauntal und 2015 im Sellrain und Paznauntal. 2013 überflutete die Großache mehr als 500 Häuser in Kössen.

Zur Person

Johannes Hübl ist Leiter des Instituts für Alpine Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur in Wien. Er publiziert in internationalen Fachzeitschriften.

Foto: Hübl

In der Kelchsau verursachte das Hochwasser infolge von Starkregen immense Schäden an der Infrastruktur.

Foto: zoom.tirol

"Kurier" vom 24.07.2021 Seite: 4 Ressort: Karriere Job&Business

Geschäftessen

Veganes im Brachland

Das Venuss Bistro im 19. Bezirk hat einen riesigen Vorteil: Es gibt an diesem Standort keine Konkurrenz

Es gibt nur zwei kulinarische Lichtblicke auf dem Leopold-Ungar-Platz in Döbling: Die Wrapstars, die jeden Montag vor der Boku mit ihrem Foodtruck warten. Und das Venuss, ein veganes Bistro und Take Away von Christian Halper, der nach seinem Ausstieg aus Superfund in die Gastro wechselte. Es ist sein zweites Venuss, die Nummer eins steht in der Herrengasse. Die zweite Location ist clever gewählt, denn die Gegend ist nicht nur kulinarisch unterentwickelt, sondern kann auch mit großer Nachfrage aufwarten. Um die Mittagszeit tummeln sich im Venuss Büromenschen und Studierende. Schön sitzt man hier im Gastgarten nicht: Der Blick in die U4-Passage ist hässlich und auch in die andere Richtung bescheiden. Besser man sitzt netten Menschen gegenüber. Es gibt jeden Tag einen Tagesteller. Am Dienstag gab es Couscous mit Gemüse. Das war nicht herausragend, aber sehr gut. Wirklich spitze sind die Salatbar und die Auswahl an Getränken. Und: Endlich Porridges, die nicht mit Unmengen an Zucker verseucht werden. Ah

Bild: Essen/TrinkenEs gibt viel Couscous und Bulgur und Gemüse; kurz: veganes Essen in Bioqualität. Die Preise sind eher hochServiceEs gibt kein Personal, das serviert. Die Menschen, die das Essen austeilen, sind sehr freundlich AmbienteInnen ist es schön; Das Venuss: Leopold-Ungar-Platz 2, Ecke Muthgasse 1190 Wien;

"Kurier" vom 24.07.2021 Seite: 24 Ressort: Immo Immo

Unwetter: So schützen Sie ihr Heim

Ob Hagel, Sturm oder Starkregen: Wetterextreme werden immer häufiger zum Problem. Wie man sich selbst und seine vier Wände bestmöglich schützen kann, verrät Naturgefahren- Experte Johannes Hübl. Nicole zametter

Die Bilder der Hochwasser-Katastrophen der vergangenen Wochen sind omnipräsent. Unfassbar das Leid, die Zerstörung, die Naturgewalt. Wie man sich gegen so enorme Wassermengen hätte schützen können, ist wohl eine Frage, die Landschaftsplaner und Stadtentwickler in Zukunft klären müssen. Doch jeder Einzelne kann gewisse Maßnahmen setzen, die seine eigene Sicherheit steigern und auch Haus und Hof besser schützen. Denn auch Hagel, Sturm oder Gewitter können Schäden anrichten und Starkregen zu punktuellen Überschwemmungen führen.

Generell wird empfohlen, Unwetter- und Hochwasser-Apps zu nutzen, die rechtzeitig warnen können. Doch das allein ist nicht genug, wissen vor allem die direkt Betroffenen nur zu gut. Johannes Hübl, Leiter des Instituts für Bautechnik und Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur Wien, rät: „Gerade in Risikogebieten ist es wichtig, sich bereits im Vorfeld zu überlegen: Was kann passieren und wie gehe ich mit der Situation dann um.“

Durch Vorbeugende Schutzvorkehrungen können Schäden vermieden oder wenigstens begrenzt werden. Der Experte für Naturkatastrophen rät deshalb dazu, die „3 V“- Regel zu befolgen: „Die Vorbereitung im Alltag, sprich einen Notfallplan erstellen und eventuell mobile Schutzsysteme bereithalten. Dann die Vorbereitung im Ereignisfall: Dazu zählt etwa die akute Anbringung der Schutzsysteme oder das Deaktivieren der Haustechnik. Und letztlich das Verlassen des Gebäudes: Wichtig ist, seine Fluchtwege zu kennen.“ All das klingt so selbstverständlich, doch tatsächlich sind wir in Extremsituationen oft überfordert, handeln durchaus unlogisch. Nicht selten kommt es vor, dass Menschen beim Versuch ihr Hab und Gut zu retten, in den sicheren Tod tappen. Allerdings ist nichts so wirksam, wie präventive Maßnahmen bereits im Vorfeld oder beim Hausbau: „Abflussmulden schaffen oder erhöhte Eingänge können bereits vieles abhalten. Dass die gesamte Haustechnik noch immer standardmäßig im Keller installiert wird, ist fatal. Da entsteht schnell enormer Schaden, der leicht zu verhindern wäre, würde der Platz dafür zum Beispiel im Obergeschoß geschaffen werden“, mahnt Hübl zum vorausschauenden Handeln.

Doch auch im Akutfall eines Unwetters können bereits einige unkomplizierte Maßnahmen vor drastischen Schäden schützen.

Bewegliche Gegenstände sichern: Fahrzeuge unterstellen, Gartenmöbel, Spielgeräte etc. verräumen sowie Fenster und Türen zu schließen. Oft werden Häuser durch Abflussrohre geflutet, nicht von außen. Ist die Kanalisation überfordert, drückt das Wasser teils von unten durch die Abflussrohre nach oben ins Gebäude. Deshalb überprüfen Sie regelmäßig die Rückstauklappen. Diese schützen das Badezimmer und Küche vor der Überflutung bei Starkregen. Eine einfache Maßnahme, um das Dach zu sichern, sind sogenannte Sturmklammern. Diese Metalldrähte fixieren die Dachziegel am Dachstuhl. Da Sturmschäden etwa an Dächern durch eine Druck- und Sogwirkung zustande kommen, hilft diese relativ kostengünstige Maßnahme sehr effektiv, Sturmschäden am Dach zu verhindern.

Bei Gewitter elektrische Geräte vom Strom nehmen oder einen Überspannungsschutz verwenden. Bei einer Mehrfachsteckdose mit Kippschalter, reicht das Ausschalten nicht aus. Die Energieleiste sollte man ebenfalls komplett vom Netz nehmen. Vor allem bei Überschwemmungen gilt: Strom abschalten! Insbesondere, bevor man den nassen Keller betritt. Auch sollten gefährliche Stoffe oder Chemikalien regelmäßig entsorgt oder so gelagert werden, dass das Wasser sie nicht erreicht. Gerade tiefer liegende Garagen können bei Hochwasser zur tödlichen Falle werden, Auto im Notfall also lieber stehen lassen. In erster Linie aber gilt immer: Die Familie, die Haustiere und sich selbst zuerst in Sicherheit bringen.

Bild: Gegen Sturmschäden am Dach können z. B. Sturmklammern helfen; Wo gerade noch eine Gasse war, fließt jetzt ein Bach. Die Zerstörung im Keller und Haus ist aber schnell sehr groß. Darum unbedingt Vorkehrungen treffen;

"dolomitenstadt.at" gefunden am 24.07.2021 07:59 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lässt“.

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar „mit Freude“ zur Kenntnis, „dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt“. Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

„Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler:innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt“, hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe „jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung“.

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs „zurück in die Steinzeit“, schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei „im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern“. Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei „vielfältig und komplex“ und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle – Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – an einem Strang ziehen, so der CCCA.

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lässt“, betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im „Ö1“-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: „Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist.“

Die „Fridays For Future“-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. „Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt“, so Mirjam Hohl von „Fridays For Future“ in einer Aussendung.

"kurier.at" gefunden am 24.07.2021 05:12 Uhr

Veganes im Brachland

Das Venuss Bistro im 19. Bezirk hat einen riesigen Vorteil: Es gibt an diesem Standort keine Konkurrenz

Es gibt nur zwei kulinarische Lichtblicke auf dem Leopold-Ungar-Platz in Döbling: Die Wrapstars, die jeden Montag vor der Boku mit ihrem Foodtruck warten. Und das Venuss, ein veganes Bistro und Take Away von Christian Halper, der nach seinem Ausstieg aus Superfund in die Gastro wechselte. Es ist sein zweites Venuss, die Nummer eins steht in der Herrengasse. Die zweite Location ist clever gewählt, denn die Gegend ist nicht nur kulinarisch unterentwickelt, sondern kann auch mit großer Nachfrage aufwarten. Um die Mittagszeit tummeln sich im Venuss Büromenschen und Studierende. Schön sitzt man hier im Gastgarten nicht: Der Blick in die U4-Passage ist hässlich und auch in die andere Richtung bescheiden. Besser man sitzt netten Menschen gegenüber. Es gibt jeden Tag einen Tagesteller. Am Dienstag gab es Couscous mit Gemüse. Das war nicht herausragend, aber sehr gut. Wirklich spitze sind die Salatbar und die Auswahl an Getränken. Und: Endlich Porridges, die nicht mit Unmengen an Zucker verseucht werden. Ah

Essen/Trinken

Es gibt viel Couscous und Bulgur und Gemüse; kurz: veganes Essen in Bioqualität. Die Preise sind eher hoch

Service

Es gibt kein Personal, das serviert. Die Menschen, die das Essen austeilen, sind sehr freundlich

Ambiente

Innen ist es schön

Kommentare

© Bild: Kurier/Franz Gruber

"orf.at" gefunden am 24.07.2021 05:11 Uhr

Diagonal zum Thema: Kreisverkehr

In der ewigen Kurve - Diagonal zum Thema: Kreisverkehr 24. Juli 2021, 17:05 "Schön ist so ein Ringelspiel!", heißt es bekanntlich beim Wiener Volksänger Hermann Leopoldi.

Zusatz: "Das is a Hetz und kost net viel ..." Ein solches Lied stimmen gerne auch Straßenplaner, Länder und Gemeinden an. Kreisverkehrslösungen gelten als kostengünstig, wartungsarm und effizient. Sie regulieren sich selbst, erhöhen die Verkehrssicherheit signifikant und sollen sogar umweltschonend sein. Für Fußgänger und Radfahrer sieht die Sache in puncto Sicherheit anders aus. Im automobilen Rundtempel haben sie meist das Nachsehen.

Weltweit gilt Frankreich als der unangefochtene Spitzenreiter was Quantität und Dichte betrifft. Rund ein Kreisverkehr soll dort auf 1.000 Einwohner kommen. In Österreich ist es etwa ein Viertel. Der erste der Welt soll aber 1899 in Deutschland eröffnet haben, der größte Verkehrsorbit liegt in Malaysia und britische Verkehrsplaner trieben das Konzept Anfang der 1970er auf eine schwindelerregende Spitze: Im "Magic Roundabout", dem "magischen Karussell", sind fünf kleine Kreisel sternförmig um eine zentrale Verkehrsinsel angelegt. Die ganze Anlage ist wieder von einem Kreisverkehr umgeben. Gibt sieben Kreisverkehre in einem. Diagonal legt sich hart in die ewige Kurve und nimmt, wie gewohnt, verschiedene Ausfahrten.

Studiogast: Hermann Knoflacher, Professor emeritus am Institut für Verkehrsplanung und Verkehrswesen, TU-Wien

Mit Beiträgen von Robert Rotifer, Christoph Winder, Dominique Gromes, Ursula Mürling-Darrer, Lina Paulitsch, Stefan Kappacher und Erich Klein in einer Sendung von Roman Tschiedl.

Service

Fred Truninger, "Spurensuche im Kreisverkehr. Über Volko Kamensky's Kurzfilm DIVINA OBSESSION", In: Cinema 47: Landschaften

Répartition des ronds-points en France : édition 2018 , beyondthemaps

Pierre Vermeren, "Les ronds-points, symbole de la France moche et emblème du malaise français" , Le Figaro

Josef Köröcz, "Kreisverkehre in Niederösterreich - Kennen Sie den?", Berger

Katharina Blaas-Pratscher (Hg.), "Öffentliche Kunst - Kunst im öffentlichen Raum Niederösterreich", Band 8, Springer

Paul Virilio, "Fahren, Fahren, Fahren ...", Merve

Hermann Knoflacher:

- "Virus Auto. Die Geschichte einer Zerstörung", Ueberreuter

- "Verkehrt. Plädoyer für ein anderes Leben", müry salzmann

- "Zurück zur Mobilität! Anstöße zum Umdenken", Ueberreuter

Kreiskartoffel St. Marx

Nina Eisenmenger - Institut für Soziale Ökologie (BOKU Wien)

Lore Hayek, Günther Lengauer, "Machen Inserate den Ton? Einfluss der Parteianzeigen auf die redaktionelle Berichterstattung", In: Fritz Hasser (Hg.), "Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich", Facultas

Das böse Wort Inseratenkorruption - Ö1-doublecheck

"Scheinbar transparent II" - Studie zur Inseratenvergabe in Österreich vom Medienhaus Wien

Gabriele Dorffner, Heinrich Schima, Walter M. Wallner (Hg.), "Kein Puls und doch am Leben! 50 Jahre Kunstherzforschung und -therapie in Wien", LBG Eigenverlag

Herzchirurgie - MedUni Wien

Barbara Rieger (Hg.), "Reigen Reloaded", Kremayr-Scheriau

Jacques Le Rider, "Arthur Schnitzler oder Die Wiener Belle Époque", Passagen

Sendereihe

Playlist

Komponist/Komponistin: Moises Vivanco

Album: YMA SUMAC

Titel: Taita inty (Hymn to the sun)

Solist/Solistin: Yma Sumac /Gesang m.Begl.

Orchester: Unbekannt

Leitung: Les Baxter

Länge: 00:55 min

Label: EMI Preferences 7966412

Komponist/Komponistin: Daniel Janin

Gesamttitel: Authentische Volksmusik - Frankreich

Titel: Complainte de Penmarch

Ausführende: unbekannt

Länge: 00:29 min

Label: Sonoton SAS 029

Komponist/Komponistin: Joaquin Rodrigo/1901 - 1999

Album: CLASSIC WILLIAMS: ROMANCE OF THE GUITAR

Titel: Adagio - 2.Satz aus dem "Concierto de Aranjuez" - Konzert für Gitarre und Orchester

Solist/Solistin: John Williams /Gitarre

Solist/Solistin: Christine Pendrill /Englischhorn

Orchester: Philharmonia Orchestra London

Leitung: Louis Fremaux

Länge: 01:32 min

Label: Sony Classical SK 89141

Komponist/Komponistin: Hermann Leopoldi/1888 - 1959

Textdichter/Textdichterin, Textquelle: Peter Herz/1895 - 1987

Album: ERINNERUNGEN AN HERMANN LEOPOLDI MIT HELLY MÖSLEIN

Titel: Schön ist so a Ringelspiel

Solist/Solistin: Hermann Leopoldi /Gesang m.Begl.

Ausführender/Ausführende: Hermann Leopoldi /Klavier

Länge: 01:22 min

Label: Preiser Records 90001

Komponist/Komponistin: Troy Banarzi

Gesamttitel: THE ART OF MINIMALISM

Titel: Roundabout

Länge: 01:20 min

Label: deWolfe DWCD 0422

Komponist/Komponistin: Baude Cordier/14.Jh

Album: CODEX CHANTILLY - AIRS DE COUR / HÖFISCHE MUSIK A.D. 14.JAHRHUNDERT

Titel: Tout par compas - Rondeau Kanon, fol.12

Textanfang: Tout au compas je suis compose

Ausführende: Ensemble Organum

Ausführende: Gerard Lesne /Countertenor

Ausführende: Josep Benet /Tenor

Ausführende: Josep Cabre /Bariton

Leitung: Marcel Peres

Länge: 02:23 min

Label: Harmonia Mundi HMC 901252

Urheber/Urheberin: Moulding

Album: English Settlement

Titel: ENGLISH ROUNDABOUT

Ausführender/Ausführende: XTC

Länge: 01:05 min

Label: Virgin 204446

Komponist/Komponistin: Francis Lemarque/1917 - 2002

Album: EXTRAITS DES BANDES ORIG.DES FILMS DE JACQUES TATI / MUSIK ZU FILMEN VON J.TATI

Titel: Au Drugstore

Gesamttitel: PLAY TIME / Original Filmmusik / Ausschnitt

Anderer Gesamttitel: TATIS HERRLICHE ZEITEN / Original Filmmusik / Ausschnitt

Orchester: Filmorchester

Länge: 01:29 min

Label: Polygram 8369832

Komponist/Komponistin: Jean Yatove

Gesamttitel: JOUR DE FETE - Jacques Tati - Soundtrack

Titel: Tournée Rapide

Länge: 01:31 min

Label: Polygram 836 983-2

Komponist/Komponistin: Alain Romans/1905-1989

Album: EXTRAITS DES BANDES ORIG.DES FILMS DE JACQUES TATI / MUSIK ZU FILMEN VON J.TATI

Titel: Quel temps fait-il a Paris

Gesamttitel: LES VACANCES DE MONSIEUR HULOT / Original Filmmusik / Ausschnitt

Anderer Gesamttitel: DIE FERIEN DES HERRN HULOT / Original Filmmusik / Ausschnitt

Ausführende: Filmensemble

Länge: 00:59 min

Label: Polygram 8369832

Komponist/Komponistin: Francis Lemarque/1917 - 2002

Album: EXTRAITS DES BANDES ORIG.DES FILMS DE JACQUES TATI / MUSIK ZU FILMEN VON J.TATI

Titel: Play time

Gesamttitel: PLAY TIME / Original Filmmusik / Ausschnitt

Anderer Gesamttitel: TATIS HERRLICHE ZEITEN / Original Filmmusik / Ausschnitt

Leitung: Francois Rauber

Orchester: Filmorchester

Länge: 03:02 min

Label: Polygram 8369832

Komponist/Komponistin: Rodion Levin

Komponist/Komponistin: Alsen Rau

Album: Peace And Love

Titel: kreisverkehr (bringt sicherheit)

Ausführende: On+Brr

Länge: 03:08 min

Label: Hafenschlamm Rekords - 03

Komponist/Komponistin: Gerhard Bronner/1922 - 2007

Komponist/Komponistin: Peter Wehle/1914 - 1986

Album: HÖHEPUNKTE AUS DREI LEGENDÄREN KABARETTPROGRAMMEN

Titel: Des Gängers Fluch / Der Kreisverkehr

Untertitel: GLASL VOR'M AUG

Solist/Solistin: Helmut Qualtinger /Gesang m.Begl.

Solist/Solistin: Carl Merz /Gesang m.Begl.

Solist/Solistin: Louise Martini /Gesang m.Begl.

Solist/Solistin: Johann Sklenka /Gesang m.Begl.

Solist/Solistin: Gerhard Bronner /Gesang m.Begl.

Länge: 06:11 min

Label: Preiser 90026

Komponist/Komponistin: L'Hommanalogue

Album: L'Hommanalogue et ses petites mécaniques antiques

Titel: Carrefour giratoire

Ausführende: L'Hommanalogue

Länge: 02:21 min

Label: Eigenverl. / Bandcamp

Komponist/Komponistin: Ludwig van Beethoven/1770 - 1827

Titel: Rondo a capriccio für Klavier in G-Dur op.129

Populartitel: Die Wut über den verlorenen Groschen

Solist/Solistin: Yukio Yokoyama /Klavier

Länge: 03:23 min

Label: Sony classical 5061342 (Box 12 CD)

Komponist/Komponistin: Juliette Noureddine

Album: No Parano

Titel: Un Petit Vélo Rouillé

Ausführende: Juliette Noureddine

Länge: 03:34 min

Label: Polydor - 2759699

Komponist/Komponistin: Frederic Rzewski

Album: IGOR LEVIT SPIELT VARIATIONEN VON BACH, BEETHOVEN & RZEWSKI

* 1. Thema. With determinaton (00:01:30)

Titel: The people united will never be defeated" - 36 Variationen für Klavier über das chilenische Revolutionslied ¡El pueblo unido jamás será vencido!

Solist/Solistin: Igor Levit /Klavier

Länge: 01:30 min

Label: Sony 88875060962 (3CD)

Komponist/Komponistin: Oscar Strauss

Textdichter/Textdichterin, Textquelle: Max Ophuls

Album: SO SCHÖN WIE HEUT - 50 GOLDENE SCHLAGERERINNERUNGEN, Folge III, CD3

Titel: Der Reigen /a.d.gln.Film

Textanfang: Dreht euch im Reigen nach alter Weise

Solist/Solistin: Adolf Wohlbrück /Gesang

Orchester: Paul Woitschach mit kleinem Orchester

Länge: 02:32 min

Label: EMI 724383744428

weiteren Inhalt einblenden

LANDESSAMMLUNG NIEDERÖSTERREICH

"orf.at" gefunden am 24.07.2021 19:12 Uhr

Der Kampf ums Zentrum in der Ortsmitte

Supermärkte und Einkaufszentren liegen oft am Rand von Siedlungsgebieten. Dadurch entstehen zusätzliche Autofahrten, Innenstädte haben mit Abwanderung und Leerständen zu kämpfen.

Mit einem Lösungsansatz hat man in Niederösterreich schon Erfahrung.

Früher Nachmittag an einem typischen Julitag in Horn. Die Parkplätze im Stadtzentrum sind etwa zur Hälfte gefüllt, vereinzelt sind Passantinnen und Passanten zu sehen, einige ältere Männer sitzen auf Bänken in der Sonne und beobachten die Szenerie. Ein bedeutender Teil des Horner Lebens spielt sich allerdings nicht hier, sondern einige Kilometer entfernt am Stadtrand ab – im Einkaufszentrum. Dorthin fahren viele mit dem Auto. Ein großer Parkplatz, rundherum Geschäfte. Dieses Bild ist allerdings keine Besonderheit der Waldviertler Bezirkshauptstadt. Ähnliches könnte man auch in vielen anderen Städten und Gemeinden des Landes beobachten.

„Innenstädte wünschen wir uns belebt“, sagt Gernot Stöglehner, Institutsleiter und Professor für Raumplanung an der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien. Leben komme allerdings nur dann in die Zentren, wenn es Geschäfte und Gastronomie in der Erdgeschosszone gebe. „Wenn wir die verlieren, weil sie ins Einkaufszentrum abwandern, dann fehlen uns in der Innenstadt viele Beiträge fürs Leben“, so Stöglehner. In der Horner Innenstadt wurden etwa alleine im Vorjahr Filialen einer Drogeriekette und einer Bäckerei geschlossen. Im Einkaufszentrum gibt es beide immer noch.

ORF/Felix Novak

Ein Teil des Horner Einkaufszentrums, das nur wenige mit dem Rad oder zu Fuß aufsuchen

Der Bau von neuen Einkaufszentren am Stadtrand wäre in Niederösterreich nach einigen Gesetzesänderungen kaum noch möglich. Sie dürften nur dort entstehen, wo auch eine Mindestanzahl an Einwohnern lebt. Für Stöglehner eigentlich eine „innovative Lösung“. Es gibt ein Aber. Viele Einkaufszentren habe man basierend auf altem Recht und alten Widmungen gebaut, „gegen die man jetzt nichts machen kann“, sagt Stöglehner: „Die sind jetzt im Raum vorhanden und mit denen muss man leben, auch mit ihrer Konkurrenz zu den Innenstädten.“

Ein Einkaufszentrum neben dem Rathaus

Ein wenig anders ist die Situation in Mank (Bezirk Melk), einer Gemeinde mit knapp 4.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Vor knapp 20 Jahren zog dort ein studierter Raumplaner als Bürgermeister ins Rathaus ein. Mit dieser Ausbildung habe man „viele Möglichkeiten, aktiv für die Ortskernentwicklung beizutragen“, sagt Martin Leonhardsberger (ÖVP). Auf der einen Seite arbeite die Gemeinde über das Stadtmarketing eng mit der lokalen Wirtschaft zusammen, zum anderen spiele die Gemeinde eine aktive Rolle am städtischen Bodenmarkt, kaufe etwa vorsorglich bestimmte Grundstücke an und entwickle sie.

Grund und Boden

Der Bodenverbrauch ist einer der größten Treiber der Klimakrise. Der ORF Niederösterreich widmet sich in einem Schwerpunkt jeden Samstag verschiedenen Aspekten des Bauens, Wohnens und der Bodenversiegelung.

Schwer erreichbare Supermärkte am Rand des Siedlungsgebiets gibt es allerdings auch dort. Dass es anders geht, zeigt das „Alpenvorlandcenter“. Das Einkaufszentrum wurde vor zehn Jahren eröffnet – direkt neben dem Manker Rathaus und damit mitten in der Stadt, an einer Stelle, an der sich zuvor ein alter leerstehender Bauernhof befunden hatte. Ein Supermarktbetreiber habe zuvor einen Standort gesucht, erzählt Leonhardsberger, mit der gemeinsam gefundenen Lösung habe man in den vergangenen Jahren den Ortskern belebt.

Das Einkaufszentrum habe laut Bürgermeister aber wiederum neue Leerstände verursacht, weil einige Geschäfte aus anderen Gebäuden in der Innenstadt übersiedelt seien: „Die nächste Herausforderung war dann, diese neu entstandenen Leerflächen zu füllen. Wir entwickelten ein Leerflächenmodell, bei dem der Grundbesitzer, die Gemeinde und das Stadtmarketing einen Beitrag leisten, damit neue Firmen sehr günstig Geschäftsflächen finden können.“

Fotostrecke mit 4 Bildern

ORF/Felix Novak

Seit zehn Jahren versammelt das Alpenvorlandcenter direkt im Zentrum von Mank Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe

ORF/Felix Novak

Rund um Kirche, Rathaus und Stadtsaal gibt es vergleichsweise wenige Leerstände

ORF/Felix Novak

Supermarkt oder auch Kino sind für viele Einwohnerinnen und Einwohner zu Fuß erreichbar

ORF/Felix Novak

Radwege gibt es auf diesen zentralen Straßen der Stadt allerdings bisher trotz Bemühungen des Bürgermeisters noch nicht

Bild

von

Zurück in der Fotostrecke

Weiter in der Fotostrecke

Abhängig vom Willen der Eigentümer

Mit denselben Problemen wie alle anderen Gemeinden kämpft man auch hier: Wenn etwa ein Eigentümer partout nicht will, dass sein Grundstück im Zentrum entwickelt wird. Wenn er es zum Beispiel ausschließlich als Wertanlage betrachtet. „Legistische Möglichkeiten gibt es da kaum“, sagt Ortschef Leonhardsberger, man müsse in der Regel als Gemeinde auf die Grundbesitzer zugehen und sie „entweder motivieren, von sich aus tätig zu werden, oder direkt das Geld in die Hand nehmen und das Grundstück kaufen“.

Zumindest ein wenig Abhilfe soll ein neues Raumordnungsgesetz schaffen, das im Vorjahr im niederösterreichischen Landtag beschlossen wurde. Die Gemeinde kann seitdem relativ einfach Bauland widmen, das auf sieben Jahre befristet ist. Wird das Grundstück in diesem Zeitraum nicht bebaut, wird es automatisch wieder rückgewidmet. Damit soll Spekulationen mit Baugrundstücken Einhalt geboten werden – mehr dazu in Neues Gesetz als Bremse für Grünland-Verbauung (noe.ORF.at; 26.10.2020).

Für Fachleute ist der Bauzwang ein Schritt in die richtige Richtung, um Ortszentren entwickeln und die Zersiedelung bremsen zu können. Erneut gibt es ein Aber. „Das Problem mit all diesen bodenpolitischen Maßnahmen ist, dass sie immer einen Widmungsakt voraussetzen“, sagt BOKU-Professor Gernot Stöglehner, „das heißt, ich muss wieder eine grüne Wiese in Bauland umwidmen.“

Neuer Anlauf für Infrastrukturabgabe?

Er spricht sich für zusätzliche finanzielle Anreize aus. Nicht genutzte Gebäude oder Baugrundstücke könnten etwa durch eine Infrastrukturabgabe oder eine Neuregelung der Grundsteuer belastet werden. „Dann wird Leerstand tatsächlich wieder verfügbar gemacht, weil er etwas kostet“, sagt der Raumordnungsexperte. „Jetzt kostet es zwar die Erhaltung, aber sonst rundherum nicht viel.“

Diese grundsätzliche Idee ist nicht neu. In Niederösterreich hat man damit sogar schon Erfahrungen gesammelt. 1995 beschloss der Landtag eine Infrastrukturabgabe für bestimmte unbebaute Grundstücke, die bereits als Wohnbauland gewidmet waren. Als Frist bis zur ersten – durchaus saftigen – Zahlung wurden damals fünf Jahre festgelegt. 1999, also unmittelbar bevor die ersten Eigentümer zur Kasse gebeten worden wären, kippte der Landtag das Gesetz in letzter Minute wieder. Man wolle Grundstückseigner nicht belasten, hieß es damals, schließlich handle es sich um deren Eigentum.

Für Stöglehner gilt das Argument in dieser Form heute nicht mehr. Eigentum sei zwar zurecht ein hoch geschützter Grundwert, „wir sehen aber jetzt, dass aufgrund unseres überbordenden Baulandbedarfs der letzten Jahrzehnte ein zusätzliches öffentliches Interesse in den Vordergrund tritt: das Interesse an Bodenschutz“.

Neues Viertel für Mank

Wie innovativ Raumplanungsprojekte innerhalb der bestehenden Gesetze aussehen können, zeigten im Vorjahr Studierende des BOKU-Professors – ausgerechnet in Mank. Die Stadtgemeinde hatte zuvor ein 3,5 Hektar großes stillgelegtes Molkereiareal gekauft, für das die angehenden Raumplaner möglichst nachhaltige und flächenschonende Ideen finden sollten.

„Hier ist schon Boden verbaut und wir wollten diesen Boden wieder reaktivieren“, sagt Bürgermeister Leonhardsberger. Bis zu 200 Wohnungen sollen hier entstehen – und natürlich Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Gemeinsam werde man das in den kommenden Jahrzehnten entwickeln, so der ÖVP-Politiker: „Das wird sicher das nächste große Thema in unserer Stadtentwicklung.“

Felix Novak, noe.ORF.at

Link:

"tt.com" gefunden am 24.07.2021 00:27 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar „mit Freude“ zur Kenntnis, „dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt“. Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

„Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt“, hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe „jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung“.

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs „zurück in die Steinzeit“, schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei „im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern“. Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei „vielfältig und komplex“ und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst“, betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im „Ö1“-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: „Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist.“

Die „Fridays For Future“-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. „Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt“, so Mirjam Hohl von „Fridays For Future“ in einer Aussendung.

"diepresse.com" gefunden am 24.07.2021 09:27 Uhr

Biofeldtage: Landwirtschaft live erleben

Anzeige 24.07.2021 um 09:21a a Bauernmarkt, Gartenecke und Schauküche Fachvorträge und Seminare speziell für Produzenten und Konsumenten Workshops zu den Themen Landwirtschaft, Freizeit und Kulinarik Tipps & Tricks für biologisches Gärtnern Kinderprogramm samt Spielplatz, Kasperltheater, Kinderschminken u.v.m Hofkino Moderierte Maschinen- und Technikvorführungen Sortenschau mit bewährten und neuen Züchtungen Fruchtfolgekreislauf – Demonstration von Nutzpflanzen sowie deren Humus- und Nährstoffbilanz Vom Feld auf den Teller – 70 unterschiedliche Kulturarten und ihre Verwendungsmöglichkeiten Bodenversuche mit offenen Bodenprofilen Tiergerechte Haltungs- und Weidesysteme Tierschau mit seltenen Nutztierassen

Treffpunkt. Biolandwirte sind ebenso Zielgruppe wie Konsumenten: Die Biofeldtage am Seehof des Bio-Landguts Esterhazy in Donnerskirchen locken am 6. und 7. August mit umfassendem Programm.

Es klingt wie ein Event der Superlative: mehr als 190 Aussteller, über 70 Landtechnikmaschinen im Praxis-Einsatz, 160 Bio-Schauparzellen, 140 Programmpunkte, lustiges Kinderprogramm... Man kann am 6. und 7. August die Biofeldtage im Burgenland nun zum zweiten Mal wieder vor Ort erleben.

Das bereits erprobte Veranstaltungsareal rund um den Seehof in Donnerskirchen umfasst circa 70 Hektar. Die örtliche Infrastruktur wurde während der letzten Jahre zudem deutlich erweitert und bietet als Austragungsort für sämtliche Fachbereiche bestens erschlossene, leicht erreichbare und dennoch großzügig angelegte Schau- und Demonstrationsflächen. Die Bio-Sortenversuche auf den Schauparzellen der großen Sortenschau haben sich trotz klimatischer Herausforderungen gut entwickelt und sämtliche Ausstellerplätze sind vergeben.

Sorten- und Kulturartenschau

Die Sortenschau umfasst heuer über 160 Schauparzellen wobei bewusst späte Anbauzeitpunkte und Kulturen mit später Erntereife gewählt wurden. Bereits im Juni wurden Getreidesorten, die zum Zeitpunkt der Veranstaltung schon abgereift sind, im aussagekräftigsten pflanzenbaulichen Stadium dokumentiert und fotografiert, um den Besuchern die Unterschiede im Wachstum anschaulich zeigen zu können.

Bundesministerin Elisabeth Köstinger erklärt dazu: „Die Biofeldtage als Treffpunkt für Praktikerinnen und Praktiker, Expertinnen und Experten wie auch interessierten Konsumentinnen und Konsumenten tragen durch Austausch und umfassende Information dazu bei, die Erfolgsgeschichte der biologischen Landwirtschaft in Österreich fortzuführen.“

Buntes Programm

Auf den Flächen für die moderierten Landtechnikvorführungen aus den Bereichen Grünlandwirtschaft, mechanische Beikrautregulierung, moderne Hacktechnik, Klee grasumbruch, aber auch Kompostiertechnik werden die letzten Vorbereitungen getroffen. Matthias Grün, Geschäftsführer Pannatura freut sich, dass alleine die Zahlen beeindruckend sind. Insgesamt muss der Messestandaufbau von über 190 Ausstellern auf dem 70 Hektar großen Veranstaltungsgelände koordiniert werden. Nun werden die letzten Ausstellerflächen zugeteilt und das Messegelände vorbereitet.

Sowohl für Produzenten als auch für Konsumenten bis zu den kleinen Besuchern – das Programm bei den Biofeldtagen könnte bunter nicht sein. Mit rund 140 verschiedenen Programmpunkten zu den verschiedensten Bereichen der Landbewirtschaftung, Agrarpolitik, sowie bewusster

Ernährung und umweltschonendem Leben, werden in Vorträgen, Workshops und Seminaren bewusst nicht nur Landwirte, sondern auch interessierte Besucher angesprochen.

Ganz im Sinne des Kreislaufgedankens und der Bedeutung an Tierwohlaspekten wird der Tierhaltung am Gelände ebenfalls eine große Präsentationsmöglichkeit, insbesondere im Bereich seltene Nutztierassen, gegeben. Die am Bio-Landgut Esterhazy heimischen Angus-Rinder, Hühner aus Mobilställen, Schaubienenstöcke u.v.a.m. spielen dabei eine wichtige Rolle.

„Ein Ziel ist die Verknüpfung von Wissenschaft, Praxis und Verbraucher. Aus diesem Grund gibt es ein sehr umfangreiches Fachprogramm mit Vorträgen, Seminaren, Workshops und Exkursionen von der Tierhaltung zu Pflanzenbau, zur Imkerei und zur Kleingärtnerei“, stellt Andreas Kranzler, Geschäftsführer des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL), einer von fünf Organisationspartnern der Biofeldtage 2021, das Programm vor.

Für Spaß ist auch bei den kleinen Besuchern gesorgt: „Hier möchte man noch einmal Kind sein. Wir haben zahlreiche Rätsel- und Bastelstationen und Spiel- und Bewegungszonen unter anderem mit einer Hüpfburg oder einem Tret-traktorparkour geplant. Ein Highlight wird aber sicher auch das thematisch abgestimmte Kasperltheater und die Werkstatt Natur mit ihren biologischen Stopfpräparaten unserer heimischen Wildtiere zum Bestaunen und Streicheln sein“, so Anna Lampret, Projektleiterin der Biofeldtage.

Regionale Schmankerl

Vielfältig ist nicht nur das Programm, sondern auch die kulinarischen Köstlichkeiten bei den Biofeldtagen. Am Bauernmarkt können sich Besucher durch die Produktvielfalt der regionalen Bio-Bauern kosten und in der Outdoor-Schauküche werden burgenländische Bio-Schmankerln zubereitet.

Die Biofeldtage 2021 werden von den fünf Organisationspartnern Pannatura, dem Forschungsinstitut für Biologische Landwirtschaft Österreich (FiBL), dem Verband Bio Austria, der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) sowie der Universität für Bodenkultur organisiert. Die Veranstaltung wird vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, dem Land Burgenland und vielen Sponsoren unterstützt.

Hauptsponsoren der Veranstaltung sind Claas, Perlinger Gemüse, Ja! Natürlich und Lagerhaus.

Biofeldtage 2021

Am 6. und 7. August 2021 finden die Biofeldtage als Treffpunkt für Fachleute der biologischen und konventionellen Landwirtschaft sowie für Konsumenten mit Rahmenprogramm statt.

Bio-Landgut Esterhazy, Seehof 1, 7082 Donnerskirchen

Nähere Informationen, Tickets und ein detailliertes Programm sowie den aktuellen Lageplan finden Sie auf der Website: biofeldtage.at

Der ermäßigte Vorverkauf gilt noch bis 31. Juli 2021.

Das Gelände der Biofeldtage bietet auf abwechslungsreiche Art vielfältige Informationen zu landwirtschaftlichen Themen. (c) Andreas Tischler

"online-nachrichten.eu" gefunden am 24.07.2021 05:45 Uhr

Veganes im Brachland

Das Venuss Bistro im 19. Bezirk hat einen riesigen Vorteil: Es gibt an diesem Standort keine Konkurrenz

Es gibt nur zwei kulinarische Lichtblicke auf dem Leopold-Ungar-Platz in Döbling: Die Wrapstars, die jeden Montag vor der Boku mit ihrem Foodtruck warten. Und das Venuss, ein veganes Bistro und Take Away von Christian Halper, der nach seinem Ausstieg aus Superfund in die Gastro wechselte. Es ist sein zweites Venuss, die Nummer eins steht in der Herrengasse. Die zweite Location ist clever gewählt, denn die Gegend ist nicht nur kulinarisch unterentwickelt, sondern kann auch mit großer Nachfrage aufwarten. Um die Mittagszeit tummeln sich im Venuss Büromenschen und Studierende. Schön sitzt man hier im Gastgarten nicht: Der Blick in die U4-Passage ist hässlich und auch in die andere Richtung bescheiden. Besser man sitzt netten Menschen gegenüber. Es gibt jeden Tag einen Tagesteller. Am Dienstag gab es Couscous mit Gemüse. Das war nicht herausragend, aber sehr gut. Wirklich spitze sind die Salatbar und die Auswahl an Getränken. Und: Endlich Porridges, die nicht mit Unmengen an Zucker verseucht werden. Ah

Kurier/Franz Gruber

Essen/Trinken

* * * *

Es gibt viel Couscous und Bulgur und Gemüse; kurz: veganes Essen in Bioqualität. Die Preise sind eher hoch

Service

* * * *

Es gibt kein Personal, das serviert. Die Menschen, die das Essen austeilen, sind sehr freundlich
Ambiente

* * *

Innen ist es schön

"Die Presse" vom 24.07.2021 Seite: 34 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Wie Landnutzung Netto-Nullemissionen ermöglichen kann

Ökonomie. Während auf der kommenden Klimakonferenz in Glasgow weitere Bekenntnisse zur klimaneutralen Wirtschaft erwartet werden, spitzt sich der Konflikt um die Landnutzung zu. Forscher untersuchen, wie in Österreich emissionslos Landwirtschaft betrieben werden könnte.

Von Adrian von Jagow

Keine 30 Jahre soll es mehr dauern, bis in der EU CO₂-neutral gewirtschaftet wird. Das hielt der Europäische Gesetzgeber vor drei Wochen fest. Die USA wollen ebenfalls 2050, China noch einmal zehn Jahre später nachziehen und senden damit starke Signale vor der Klimakonferenz COP26 im November.

"Net Zero" - oder Netto-Nullemissionen - heißt die Parole, um die sich die Ankündigungen scharen. Das bedeutet, im Mittel und über alle Wirtschaftssektoren hinweg keine zusätzlichen Klimagase auszustoßen. Unvermeidbare Emissionen sollen laut EU ab 2050 durch natürliche oder artifizielle Senken aus der Atmosphäre gefiltert werden. Dazu zählen Weideland, Wälder, Böden oder Ozeane, welche natürlicherweise Kohlenstoff aufnehmen. Aber auch Technologien wie "Carbon Capture and Storage" (CCS), die Kohlendioxid direkt an ihrer Entstehungsquelle binden. Weil diese bisher nicht serienreif sind, kommt der Landnutzung eine besondere Rolle zu - dabei stößt der Sektor selbst ein Fünftel der weltweiten Abgase aus.

Andreas Mayer, Senior Researcher am Institut für Soziale Ökologie an der Boku Wien, ist Experte für die Klimaemissionen des Landbaus: "Die Herausforderungen sind global sehr unterschiedlich. In Österreich machen etwa Methan und Lachgas aus der Tierhaltung 70 Prozent des Ausstoßes aus. Im globalen Süden entstehen viele Emissionen durch die sich wandelnde Landnutzung." Ein Beispiel: Wenn in Brasilien ein Stück Regenwald brandgerodet wird, entweicht der in den Pflanzen gespeicherte Kohlenstoff sofort. Aber auch zu Äckern umgewidmete Böden können dann weniger CO₂ speichern als zuvor der Waldboden. Zwei-Grad-Klimaszenarien sehen daher Aufforstung als Schlüssel zu Netto-Nullemissionen.

Hühner in der Obstplantage halten

"Pflanzenwachstum ist sicher der einfachste Weg, um CO₂ aus der Atmosphäre zu holen." In Verbindung mit energetischer Nutzung und CCS-Anlagen zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ könnte sogar ein Biomassesektor mit Negativemissionen einhergehen. Aber es gibt bereits heute große Konflikte in der Landnutzung, die sich künftig verschärfen könnten. "Landwirtschaft, Klimaschutz und Nutzpflanzen für Bioenergie werden enorme Ansprüche an unsere Flächen stellen", sagt Mayer. Wenn Net Zero Realität werden soll, gilt es diese Konflikte zu erkennen und zu adressieren.

Im von der Akademie der Wissenschaften geförderten Projekt "Zeafolu" widmen sich Mayer und ein landesweites Team der Frage, wie in Österreich konflikt- und emissionslos Landwirtschaft betrieben werden könnte. "In der Region Steyr-Kirchdorf in Oberösterreich haben wir mehrere Szenarien eines klimagasfreien Landbaus entwickelt und versucht, sie mit den EU-weiten Klimazielen in Einklang zu bringen. Dabei betrachteten wir die Emissionstreiber auf der Angebots- und der Nachfrageseite", so der Sozialökologe. Die vorläufigen Ergebnisse deuten auf einen Maßnahmen-Mix hin: Dazu zählen die Umstellung auf Biolandwirtschaft, um den Düngerverbrauch zu reduzieren, und die Etablierung von Agro-Forst-Systemen, in denen etwa Obstplantagen und Hühnerhaltung kombiniert werden. Doch den größten Hebel fanden die Forscher, wenn sie die Nachfrage nach tierischen Produkten in ihren Modellen veränderten. Mayer: "Eine Reduktion des Fleischkonsums schafft neue Spielräume für Landwirte. Doch dafür braucht es eine andere Preisstruktur auf landwirtschaftlichen Märkten, die nicht nur die

Absatzmenge belohnt, sondern vor allem den positiven Beitrag zum Klimaschutz." Auch diesen, bisher ungelösten, Konflikt gilt es zu adressieren.

"Die Presse" vom 24.07.2021 Seite: 35 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Neue Grasflächen stärken die Vielfalt der Ameisen

Forscher der Boku Wien interessierte, wie sehr neue Graslandflächen die Diversität von Ameisen beeinflussen. Dazu sammelten sie die Tiere mit der Hand ein und führten Experimente in drei verschiedenen Lebensräumen durch. Das Resultat: Neu angelegte Graslandstreifen können den Artenreichtum und die Dichte des Vorkommens in der Agrarlandschaft erhöhen. Allerdings wurden sie drei Jahre später immer noch von für Getreidefelder typischen Ameisenarten dominiert, spezialisierte Arten alter Graslandflächen fehlten. Es dauert also, bis neues Grasland die Artenvielfalt und Funktionalität von altem erreicht.

"Wiener Zeitung" vom 24.07.2021 Seite: 7 Ressort: Politik Von: Martina Madner Abendausgabe, Morgenausgabe

Bahnbau bringt mehr Jobs als Straßenbau

Infrastrukturinvestitionen kurbeln die Wirtschaft an. Die Schiene hat allerdings deutlich mehr Potenzial als die Straße.

Von Martina Madner

Mit positiven Effekten auf das Klima lässt sich Straßenbau nicht argumentieren. Also müssen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze als politische Argumente herhalten. „Durch jede Milliarde, die in den Ausbau und den Erhalt der Infrastruktur investiert wird, werden 15.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert“, sagte etwa SPÖ-Verkehrssprecher Alois Stöger anlässlich der Evaluierung der Asfinag-Bauprojekte, die Umweltministerin Leonore Gewessler auf Bodenversiegelung und Klimawirkung bis Herbst durchführen lässt.

„Straßenbauprojekte sichern Wertschöpfung, Zukunft, Arbeitsplätze und Chancengleichheit. Ich will nicht in einem Land leben, wo die Landschaft nur mehr Museum ist, sondern es in Dörfer Leben gibt“, bekräftigte die frühere Umwelt- und nunmehrige Tourismus- und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger nach des Kanzlers Bekenntnis zum Straßenbau, konkret der S18 in Vorarlberg, anstelle eines Wegs „zurück in die Steinzeit“. Braucht es also Straßenbau, um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern und auszubauen?

Straßenbau bringt Arbeitsplätze – die Schiene aber mehr

Eine kleinräumige Analyse des Ausbaus des hochrangigen Straßennetzes zwischen 2002 und 2007 der Wifo-Ökonomen Philipp Piribauer und Peter Huber aus 2017 zeigt, dass damit 21.883 bis 24.314 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Der Grund: „Eine Verbesserung der Infrastruktur bewirkt eine stärkere Vernetzung im ökonomischen Raum und erhöht den Aktionsradius von Personen und Unternehmen.“ Eine Erhöhung der Asfinag-Investitionen um 100 Millionen Euro löst mittelfristig eine Reaktion des Bruttoinlandsproduktes um etwa plus 130 Millionen Euro aus, ist darüber hinaus in einer Wifo-Studie von 2009 zu lesen.

Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität Linz spricht von 7000 bis 10.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Milliarde Euro, die während des Baus von Straßen gesichert sind. Eine gemeinsame Arbeit von Schneider mit Kollegen des JKU-Energieinstituts zeigt aber, dass es in anderen Bereichen mehr sind: Investitionen von 4,3 Milliarden pro Jahr in Erneuerbare Energien wie Wasser- und Windkraft, Biogas und Co erhöhen das BIP jährlich um 8,9 Milliarden Euro und sichern 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahr.

Auch in welche Verkehrsinfrastruktur investiert wird, macht einen Unterschied. Eine umfangreiche Analyse verschiedener Studien, die dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ) vorliegt, zeigt, dass eine Milliarde Euro in Autobahnen investiert, 10.700 Personen ein Jahr Vollzeitbeschäftigung bringt, eine Milliarde in Radwege, Fußgängerzonen oder Verkehrsberuhigungsprojekte aber 16.600, eine in Schieneninfrastruktur sogar 17.000.

Die Gründe dafür sind einerseits, dass mehr Arbeit von Menschen als Maschinen notwendig ist, außerdem aber, dass mehr Menschen rund um den Bau in der Zulieferung beschäftigt sind. „In die Schiene zu investieren bringt also viele Arbeitsplätze und zusätzlich klimafreundliche Mobilität“, sagt Christian Gratzner, der Sprecher des VCÖ.

Investitionen mit Folgen für die Bevölkerung

Wenn es sich um eine Strecke am Land handelt, entstehen zumindest gleich viele Arbeitsplätze während der Bauphase von Straße und Schiene, sagt Wifo-Umweltökonomin Daniela Kletzan-Slamanig. „Für den öffentlichen Verkehr aber brauche ich Personal, er schafft also mehr Beschäftigung in der Betriebsphase.“

Es kommt allerdings auch darauf an, wo in Infrastruktur investiert wird, sagt Kletzan-Slamanig. Werden Regionen, die bereits gut erschlossen sind, erweitert, sind die positiven Wachstumseffekte kleiner als in solchen, wo das noch nicht der Fall ist.

Aber nicht nur das: Jeder neue Verkehrsweg hat auch Auswirkungen auf das Verhalten der Bevölkerung, erläutert Roman Klementsitz vom Institut für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur: Die Erhebung „Österreich unterwegs 2013/2014“ zeigt, dass Fußwege und öffentliche Verkehrsmittel eher Frauen zu Gute kommen, weil sie mehr Wege zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen als Männer. Diese wiederum nutzen häufiger ihr Auto oder das Rad. Generell aber ist der motorisierte Individualverkehr mit 70 Prozent nach wie vor in Österreich dominant.

Egal, ob ein Bahnhof oder Straße gebaut wird: „Wenn Kapazität ausgebaut wird, wird sie auch genutzt“, sagt Klementsitz, „beides sorgt für mehr Zersiedelung“. Mit weiter entfernten Zielen steigt auch der Bodenverbrauch. Umweltökonom Karl Steininger vom Wegener Institut in Graz schlägt deshalb eine ressourceneffizientere Verkehrs- und Raumplanung vor: „Schließlich geht es ja nicht um den Verkehr an sich, sondern um den Zugang zu Mitmenschen, Gütern und Dienstleistungen“. Österreich gebe ohnehin bereits 15 Prozent der Mittel für den Verkehr aus.

Eine eben erst erschienene Studie des Wegener Instituts zeigt übrigens, dass Österreich gerade im Bereich von Schieneninfrastruktur, Zügen und Signalanlagen alles andere als in der Steinzeit ist, sondern sehr innovativ, wie es sich der Kanzler gewünscht hatte. Aus diesem Bereich werden sieben Mal so viele Patente angemeldet als aus anderem Verkehrsbereichen. Das lässt sich ebenfalls wirtschaftlich nutzen: „Produkte dieses Bereichs werden vier Mal so häufig exportiert“, sagt Steininger. „Da hat Österreich wirklich eine Stärke.“

Nicht jeder Ausbau der Infrastruktur im Verkehr nützt Wirtschaft und Bevölkerung im gleichen Maße. Foto: apa / Georg Hochmuth

"studium.at" gefunden am 23.07.2021 11:43 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Gewohnheitsänderungen erforderlich

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

Keine "Wundertechnologie" in Sicht

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

"noen.at" gefunden am 23.07.2021 11:39 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen .

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Verantwortungsvoller Umgang mit Ihren Daten

Wir und unsere Partner verarbeiten Ihre persönlichen Daten, wie z. B. Ihre IP-Nummer, mithilfe von Technologien wie Cookies, um Informationen auf Ihrem Gerät zu speichern und darauf zuzugreifen und so personalisierte Werbung und Inhalte, Messungen von Werbung und Inhalten, Einsichten in Zielgruppen und Produktentwicklung zu ermöglichen. Sie entscheiden darüber, wer Ihre Daten und für welche Zwecke nutzt.

Wenn Sie es erlauben, würden wir auch gerne: Informationen über Ihre geografische Lage erfassen, welche bis auf einige Meter genau sein können

Ihr Gerät durch aktives Scannen nach bestimmten Merkmalen (Fingerprinting) identifizieren
Erfahren Sie mehr darüber, wie Ihre persönlichen Daten verarbeitet werden, und legen Sie Ihre Präferenzen im Abschnitt Einzelheiten fest. Sie können Ihre Zustimmung in der Cookie-Erklärung jederzeit ändern oder zurückziehen.

Wir verwenden Cookies, um für Sie unsere Website so benutzerfreundlich wie möglich zu gestalten. Dadurch können wir Ihnen bevorzugt jene Inhalte und Werbung anzeigen, die Sie interessieren, Facebook- und Social Media-Funktionen nutzen und die Zugriffe auf unsere Website messen.

Sie können wählen, wer Ihre Daten für welche Zwecke verwendet. Unter "Einstellungen" können Präferenzen festgelegt werden.

Übermittlung von Daten in Staaten ohne angemessenes Datenschutzniveau: Soweit Ihre getroffenen Einstellungen auch Anbieter umfassen, die Daten in Staaten ohne Vorliegen eines Angemessenheitsbeschlusses gem. Art. 45 Abs 3 DSGVO und ohne geeignete Garantien gem. Art. 46 DSGVO (wie insbesondere die USA) übermitteln, so gilt Ihre Einwilligung auch hierfür. Es besteht das Risiko, dass Ihre derart übermittelten Daten dem Zugriff durch Behörden in diesen Drittstaaten zu Kontroll- und Überwachungszwecken unterliegen und dagegen keine wirksamen Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen. Ihre erteilte Einwilligung können Sie jederzeit über den Button „Cookie Einstellungen“ am Ende unserer Webseite widerrufen.

Mittels Klick auf „Cookies zulassen“ können Sie unsere Website weiterhin in vollem Umfang kostenlos nutzen.

Consent Selection

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine

Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

Agrarböden trocknen immer mehr aus APA/dpa

"vol.at" gefunden am 23.07.2021 11:23 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

(APA)

"orf.at" gefunden am 23.07.2021 11:18 Uhr

Vandalismus, Plünderungen, Tote - Was ist los in Südafrika?

Hintergründe einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft **Gast: Univ.-Prof. Dr. Stefanie Lemke, Leiterin des Instituts für Entwicklungsforschung an der Universität für Bodenkultur Wien**

Moderation: Andreas Obrecht

Anrufe kostenlos aus ganz Österreich unter 0800 22 69 79, E-Mails an [punkteins\(at\)orf.at](mailto:punkteins@orf.at)
Sendereihe

"apa.at" gefunden am 23.07.2021 11:35 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und #forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar „mit Freude“ zur Kenntnis, „dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt“. Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

„Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt“, hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe „jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung“.

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs „zurück in die Steinzeit“, schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei „im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern“. Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei „vielfältig und komplex“ und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle – Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – an einem Strang ziehen, so der CCCA.

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst“, betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im „Ö1“-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: „Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist.“

Die „Fridays For Future“-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. „Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt“, so Mirjam Hohl von „Fridays For Future“ in einer Aussendung.

"nachrichten.at" gefunden am 23.07.2021 11:54 Uhr

Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück

WIEN. Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Klimaschutz bedeute nicht "zurück in die Steinzeit"

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht. Wie berichtet, hat die Debatte über Klimaschutz innerhalb der Koalition zu Konflikten geführt. Kurz meinte dabei, "er sei überhaupt nicht der Meinung, dass unser Weg zurück in die Steinzeit sein sollte."

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

ABD0038_20210709 - WIEN - ÖSTERREICH: Corona: Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) am Freitag, 9. Juli 2021, im Rahmen von Pressestatements nach einer Arbeitssitzung der Corona Taskforce zur "Vorbereitung auf den Herbst" im Bundeskanzleramt in Wien. - FOTO: APA/HERBERT NEUBAUER Bild: HERBERT NEUBAUER (APA)

"kleinezeitung.at" gefunden am 23.07.2021 11:25 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

x

Gemerkte Artikel können Sie jederzeit in Ihrer Leseliste abrufen. Zu Ihrer Leseliste gelangen Sie direkt über die Seiten-Navigation.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

© APA/dpa

"diepresse.com" gefunden am 23.07.2021 11:42 Uhr

Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück

Der Bundeskanzler hatte behauptet, die Bekämpfung des Klimawandels sei auch ohne Verzicht möglich, vielmehr müsse auf Innovation und Technologie gesetzt werden.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA) will das so nicht stehen lassen.

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Klimaschutz heißt nicht „zurück in die Steinzeit“

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

Gibt keine „Wundertechnologie“

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf

zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

(APA)

Man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung", so das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher. APA/HELMUT FOHRINGER

"oe24.at" gefunden am 23.07.2021 11:41 Uhr

Forscher rügen Kurz für Klima-Sager

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

"vienna.at" gefunden am 23.07.2021 11:29 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

(APA)

Agrarböden trocknen immer mehr aus ©APA/dpa.

"volksblatt.at" gefunden am 23.07.2021 11:25 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar „mit Freude“ zur Kenntnis, „dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt“. Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

„Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt“, hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe „jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung“.

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs „zurück in die Steinzeit“, schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei „im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern“. Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei „vielfältig und komplex“ und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle – Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – an einem Strang ziehen, so der CCCA.

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst“, betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im „Ö1“-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: „Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist.“

Die „Fridays For Future“-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. „Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt“, so Mirjam Hohl von „Fridays For Future“ in einer Aussendung.

"k.at" gefunden am 23.07.2021 11:42 Uhr

KlimaforscherInnen schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Sebastian Kurz über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur beim grünen Koalitionspartner für Kritik, sondern auch von führenden KlimaforscherInnen.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die ExpertInnen weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle – Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

"drei.at" gefunden am 23.07.2021 13:31 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

"puls24.at" gefunden am 23.07.2021 11:29 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

APA - Austria Presse Agentur

"derstandard.at" gefunden am 23.07.2021 11:39 Uhr

Klimaforscher weisen Aussagen von Kurz als unwahr zurück

Die Ausführungen des Kanzlers stehen in Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen

Kurz beim Austrian World Summit Anfang Juli.

Wien – Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Keine Steinzeit

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle – Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – an einem Strang ziehen, so der CCCA.

FFF-Demo

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf

zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung. (APA, 23.7.2021)

Weiterlesen

Klimakrise: Gewessler will "mutig voran", Kurz nicht "zurück in die Steinzeit"

Kommentar

Kanzler Kurz zum Klimaschutz: Entlarvende Ansagen

"krone.at" gefunden am 23.07.2021 12:43 Uhr

Klimaforscher verwundert über Kurz-Aussage

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Man nehme zwar „mit Freude“ zur Kenntnis, „dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt“. Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Kurz hatte die Behauptung aufgestellt, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten.

Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind, so das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscher.

Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt.

Klimaforscher des Climate Change Centre Austria (CCCA) an Kanzler Kurz

„Stehen für fachlichen Austausch zur Verfügung“

„Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt“, hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe „jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung“.

Lesen Sie auch:

Experten warnen

Düstere Klima-Szenarien: „Es wird immer schlimmer“

Klima in der Krise

CO₂-Ausstoß von 2010 bis 2018 um 11 % gestiegen

Vieles wird teurer

Auto, Fliegen, Heizen: Klimapaket verändert Alltag

Anreize für E-Autos

„Klimaschädliches Verhalten soll teurer werden“

Man gelobt Besserung

Ministerien mit Fuhrpark weit weg von Klimazielen

25 Einsätze geplant

Klimaforscher erkunden Eiswolken mit Messflügen

Klimaschutz bedeute auch keineswegs „zurück in die Steinzeit“ (siehe auch Video oben). Das Ziel sei „im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern“. Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Dies werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

„Wundertechnologie gibt es nicht“

„Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst“, betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im „Ö1“-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: „Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist.“

(Bild: stock.adobe.com, AFP, krone.at-Grafik).

(Bild: stock.adobe.com, AFP, krone.at-Grafik).

"wienerzeitung.at" gefunden am 23.07.2021 20:06 Uhr

Bahnbau bringt mehr Jobs als Straßenbau

Infrastrukturinvestitionen kurbeln die Wirtschaft an. Die Schiene hat allerdings deutlich mehr Potenzial als die Straße.

Mit positiven Effekten auf das Klima lässt sich Straßenbau nicht argumentieren. Also müssen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze als politische Argumente herhalten. "Durch jede Milliarde, die in den Ausbau und den Erhalt der Infrastruktur investiert wird, werden 15.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert", sagte etwa SPÖ-Verkehrssprecher Alois Stöger anlässlich der Evaluierung der Asfinag-Bauprojekte, die Umweltministerin Leonore Gewessler auf Bodenversiegelung und Klimawirkung bis Herbst durchführen lässt.

"Straßenbauprojekte sichern Wertschöpfung, Zukunft, Arbeitsplätze und Chancengleichheit. Ich will nicht in einem Land leben, wo die Landschaft nur mehr Museum ist, sondern es in Dörfer Leben gibt", bekräftigte die frühere Umwelt- und nunmehrige Tourismus- und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger nach des Kanzlers Bekenntnis zum Straßenbau, konkret der S18 in Vorarlberg, anstelle eines Wegs "zurück in die Steinzeit". Braucht es also Straßenbau, um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern und auszubauen?

Straßenbau bringt Arbeitsplätze - die Schiene aber mehr

Eine kleinräumige Analyse des Ausbaus des hochrangigen Straßennetzes zwischen 2002 und 2007 der Wifo-Ökonomen Philipp Piribauer und Peter Huber aus 2017 zeigt, dass damit 21.883 bis 24.314 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Der Grund: "Eine Verbesserung der Infrastruktur bewirkt eine stärkere Vernetzung im ökonomischen Raum und erhöht den Aktionsradius von Personen und Unternehmen." Eine Erhöhung der Asfinag-Investitionen um 100 Millionen Euro löst mittelfristig eine Reaktion des Bruttoinlandsproduktes um etwa plus 130 Millionen Euro aus, ist darüber hinaus in einer Wifo-Studie von 2009 zu lesen.

Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität Linz spricht von 7000 bis 10.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Milliarde Euro, die während des Baus von Straßen gesichert sind. Eine gemeinsame Arbeit von Schneider mit Kollegen des JKU-Energieinstituts zeigt aber, dass es in anderen Bereichen mehr sind: Investitionen von 4,3 Milliarden pro Jahr in Erneuerbare Energien wie Wasser- und Windkraft, Biogas und Co erhöhen das BIP jährlich um 8,9 Milliarden Euro und sichern 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahr.

Auch in welche Verkehrsinfrastruktur investiert wird, macht einen Unterschied. Eine umfangreiche Analyse verschiedener Studien, die dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ) vorliegt, zeigt, dass eine Milliarde Euro in Autobahnen investiert, 10.700 Personen ein Jahr Vollzeitbeschäftigung bringt, eine Milliarde in Radwege, Fußgängerzonen oder Verkehrsberuhigungsprojekte aber 16.600, eine in Schieneninfrastruktur sogar 17.000.

Die Gründe dafür sind einerseits, dass mehr Arbeit von Menschen als Maschinen notwendig ist, außerdem aber, dass mehr Menschen rund um den Bau in der Zulieferung beschäftigt sind. "In die Schiene zu investieren bringt also viele Arbeitsplätze und zusätzlich klimafreundliche Mobilität", sagt Christian Gratzner, der Sprecher des VCÖ.

Investitionen mit Folgen für die Bevölkerung

Wenn es sich um eine Strecke am Land handelt, entstehen zumindest gleich viele Arbeitsplätze während der Bauphase von Straße und Schiene, sagt Wifo-Umweltökonomin Daniela Kletzan-Slamanig. "Für den öffentlichen Verkehr aber brauche ich Personal, er schafft also mehr Beschäftigung in der Betriebsphase."

Es kommt allerdings auch darauf an, wo in Infrastruktur investiert wird, sagt Kletzan-Slamanig. Werden Regionen, die bereits gut erschlossen sind, erweitert, sind die positiven Wachstumseffekte kleiner als in solchen, wo das noch nicht der Fall ist.

Aber nicht nur das: Jeder neue Verkehrsweg hat auch Auswirkungen auf das Verhalten der Bevölkerung, erläutert Roman Klementsitz vom Institut für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur: Die Erhebung "Österreich unterwegs 2013/2014" zeigt, dass Fußwege und öffentliche Verkehrsmittel eher Frauen zu Gute kommen, weil sie mehr Wege zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen als Männer. Diese wiederum nutzen häufiger ihr Auto oder das Rad. Generell aber ist der motorisierte Individualverkehr mit 70 Prozent nach wie vor in Österreich dominant.

Egal, ob ein Bahnhof oder Straße gebaut wird: "Wenn Kapazität ausgebaut wird, wird sie auch genutzt", sagt Klementsitz, "beides sorgt für mehr Zersiedelung". Mit weiter entfernten Zielen steigt auch der Bodenverbrauch. Umweltökonom Karl Steininger vom Wegener Institut in Graz schlägt deshalb eine ressourceneffizientere Verkehrs- und Raumplanung vor: "Schließlich geht es ja nicht um den Verkehr an sich, sondern um den Zugang zu Mitmenschen, Gütern und Dienstleistungen". Österreich gebe ohnehin bereits 15 Prozent der Mittel für den Verkehr aus.

Eine eben erst erschienene Studie des Wegener Instituts zeigt übrigens, dass Österreich gerade im Bereich von Schieneninfrastruktur, Zügen und Signalanlagen alles andere als in der Steinzeit ist, sondern sehr innovativ, wie es sich der Kanzler gewünscht hatte. Aus diesem Bereich werden sieben Mal so viele Patente angemeldet als aus anderem Verkehrsbereichen. Das lässt sich ebenfalls wirtschaftlich nutzen: "Produkte dieses Bereichs werden vier Mal so häufig exportiert", sagt Steininger. "Da hat Österreich wirklich eine Stärke."

Nicht jeder Ausbau der Infrastruktur im Verkehr nützt Wirtschaft und Bevölkerung im gleichen Maße. © apa / Georg Hochmuth.

"sn.at" gefunden am 23.07.2021 11:39 Uhr

Klimaforscher schütteln den Kopf über Kurz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern. Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lasst", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhaft Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.

SN/APA/dpa/Karl-Josef Hildenbrand Agrarböden trocknen immer mehr aus

"sn.at" gefunden am 23.07.2021 11:00 Uhr

Wenn CO2 zu Tierfutter wird

Kunststoff aus Bioabfällen, reparieren statt wegwerfen, verwerten statt entsorgen: Unternehmen, Forschungsprojekte und Initiativen machen das schon. Dahinter steckt ein Konzept.

An der Universität für Bodenkultur (Boku) ist CO₂ sehr willkommen. In kleinen Bioreaktoren wird Kohlendioxid eingeblasen, um damit bestimmte Hefepilze, durch kleine biochemische Veränderungen, ähnlich wie Pflanzen, zum Wachsen zu bringen. Am Ende des Prozesses entsteht daraus eiweißreiches Tierfutter. "Das wäre wichtig, weil jetzt schon ein Mangel an landwirtschaftlichen Böden besteht", sagt Diethard Mattanovich, Leiter des Institut für Mikrobiologie und mikrobielle Biotechnologie an der Boku, der gemeinsam mit zwei Kollegen das Forschungsprojekt gestartet hat. In einem Jahr soll klar sein, ob eine industrielle Umsetzung möglich ist. Ein entsprechendes Patent haben die Boku-Professoren bereits angemeldet, die Gründung eines Unternehmens läuft.

"Carbo Feed" ist eines jener Forschungsprojekte, die künftig zu einer weniger klimaschädlichen Wirtschaft beitragen sollen, die sich Regierung und EU vorgenommen haben. Ziel ist es, weitgehend ohne fossile Rohstoffe auszukommen, weniger Abfälle zu erzeugen oder sie intelligent zu nutzen und die Ressourcen, die gebraucht werden, so effizient und lang wie möglich zu nutzen. So wurde das bereits 2019 unter Schwarz-Blau in der sogenannten Bioökonomiestrategie formuliert, die die türkis-grüne Regierung jetzt umsetzen will. Betroffen ist alles, von Beschaffungsprozessen des Bundes über Produktdesign in Unternehmen bis zum täglichen Einkauf: Überall sollen künftig Klimaschutz und Ressourcenschonung mitgedacht werden.

Die heimischen Betriebe hätten die Chancen, die in Bioökonomie lägen, erkannt, sagte Klimaministerin Leonore Gewessler, wie beispielsweise der weltweit führende Faserkonzern Lenzing zeige. 70 Projekte zur Kreislaufwirtschaft seien im Frühjahr für eine entsprechende Förderung eingereicht worden. Gewessler hat am Mittwoch gemeinsam mit Bildungsminister Heinz Faßmann und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger Vorreiter beim klimafreundlichen Wirtschaften präsentiert. "Der Wettbewerb der Zukunft wird ein Wettbewerb um die grünsten Produkte und Produktionsweisen sein", betont die grüne Klimaministerin.

Die Politik liefert dazu die Leitplanken. Mit Jahresbeginn wurde etwa die Mehrwertsteuer auf Reparaturen halbiert, ab dem ersten Quartal 2022 gibt es einen Reparaturbonus von 200 Euro. Dazu kommt die Förderung von einschlägigen Forschungsprojekten. Faßmann nennt neben der Boku auch das Projekt "ReGas4Industry" an der Technischen Universität Wien, das aus biogenen Abfällen Biogas erzeugt, oder die Montanuniversität in Leoben, die die Erzeugung von Kunststoffen auf biogener Basis testet, die auch in der Autoindustrie eingesetzt werden könnten.

Eine zentrale Rolle beim Ersatz von fossilen Rohstoffen komme der Land- und Forstwirtschaft zu, sagte Köstinger. Österreich habe "beste Voraussetzungen", weil knapp die Hälfte des Landes mit Wald bedeckt sei und mehr Holz nachwachse, als entnommen werde. Holz ist der Bau- und Werkstoff der Zukunft und auch Basis für Grundchemikalien. Kaum jemand wisse, dass Gurkerl oft in Holzeisig schwimmen.

SN/heinz bayer Wald ist die wichtigste Ressource für Bioökonomie in Österreich.

"news.at" gefunden am 23.07.2021 11:51 Uhr

Klimaforscher widersprechen Kurz

© Bild: APA/Fohringer Die Aussagen von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) über die Bewältigung der Klimakrise sorgten nicht nur für Widerspruch beim grünen Koalitionspartner, sondern auch von führenden Klimaforschern.

Das Climate Change Centre Austria (CCCA), das Netzwerk der österreichischen Klimaforscherinnen und -forscher, weist die Behauptung von Kurz, wonach die Klimakrise nur durch Technologie und Innovation zu lösen sei und die Menschen auf nichts verzichten müssten, entschieden zurück.

Technik und Innovation reichen nicht aus

Man nehme zwar "mit Freude" zur Kenntnis, "dass der Herr Bundeskanzler nun inhaltlich in die Klimadebatte einsteigt". Seine Aussagen in Bezug auf die Klimakrise stünden jedoch in Widerspruch zu internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien. Nach diesen stünde vielmehr fest, dass Technik und Innovation alleine die Klimakrise nicht lösen können, sondern zusätzlich soziale Innovation und vor allem geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind.

"Gerne befassen wir und die CCCA Wissenschaftler_innen uns aber mit jenen Studien und den eventuell darin enthaltenen neuen Erkenntnissen, auf deren Basis Bundeskanzler Kurz seine Aussagen gemacht hat, wenn er sie uns zur Verfügung stellt", hieß es süffisant weiter. Ein entsprechendes Angebot sei an Kurz ergangen, man stehe "jedenfalls gerne für einen fachlichen Austausch mit dem Bundeskanzler zur Verfügung".

Zukunft statt Steinzeit

Auch bedeute Klimaschutz keineswegs "zurück in die Steinzeit", schrieben die Experten weiter. Das Ziel sei "im Gegenteil innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu bleiben, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensqualität zu sichern". Das sei jedoch nicht möglich, ohne den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Das werde auch Gewohnheitsänderungen erfordern, nicht aber notwendigerweise Verzicht.

Ohnehin könne der Wirtschaftsstandort Österreich nur auf diese Weise langfristig gesichert werden. Die Bewältigung der Klimakrise sei "vielfältig und komplex" und werde auch nur in einem breiten gesellschaftlichen Prozess gelingen, bei dem alle - Politik, Industrie und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft - an einem Strang ziehen, so der CCCA.

"Es wird die Wundertechnologie nicht geben, die unser System völlig unverändert lässt", betonte auch Karl Steininger, Professor für Klimaökonomie in Graz, am Donnerstag im "Ö1"-Radio. Das bekräftigt auch Harald Rieder von der Universität für Bodenkultur in Wien: "Auf Basis der uns vorliegenden breiten wissenschaftlichen Studien ist ganz klar festzustellen, dass innerhalb der momentanen Wirtschaftsweise, sowie rein durch Innovation und Technologie, die Klimakrise nicht zu bewältigen ist."

Die "Fridays For Future"-Bewegung hat für den heutigen Freitag zu einer Demo vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz aufgerufen. "Extremwetter-Katastrophen, zuletzt die Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, haben uns diesen Sommer auf schmerzhafte Weise die Klimakrise greifbar gemacht. Durch die Weitermachen-wie-bisher-Politik wird diese Gefahr nur noch verstärkt. (...) Die ÖVP muss aufhören, Klimaschutz zu blockieren und auf zukünftige Wundertechnologien zu warten. Die Zeit zu handeln ist jetzt", so Mirjam Hohl von "Fridays For Future" in einer Aussendung.